Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 154. Mittag-Ausgabe. Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Montag, den 1. April 1867.

Deutschland.

O. K. C. Reichstags-Verhandlungen.

Berlin, 30. März.

23. Sitzung des norddeutschen Reichstages.

Eröffnung 10¾ Uhr. Die Tribünen wie die Bänke des Hauses sind anfangs lückenhaft besetzt. Am Tische der Commissarien die Minister v. d. Heydt, v. Roon, v. Watzdorff und Andere, später Graf Bismarck und Geh. Rath v. Savigny.

Ein Schreiben des Präsidenten der Bundes-Commissarien benachrichtigt das Bureau, daß die Zahl der preußischen Commissarien durch den Ministerial-Director Delbrück verstärkt werden soll.

Der Vorstand des Vereins für den Anschluß Hamburgs an den Zollverein übersendet eine Anzahl Exemplare einer kürzlich erschienenen neun Gutachten enthaltenden Schrift, die künftige handelspolitische Stellung Hamburgs betreffend. — Von einer Leipziger Verlags-Buchhandlung sind mehrere Exemplare eines „Parlaments-Rathbuches" eingegangen.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl der Präsidenten für die Dauer der Session.

Abg. v. Blanckenburg: Ich wiederhole meinen gestrigen Antrag, von der Vorschrift des § 9 unserer Geschäftsordnung für diesmal keinen Gebrauch zu machen. Wenn diejenigen Herren, die ursprünglich das Präsidium gewählt haben, verstärkt werden durch die Stimmen der conservativen Partei, was ich in Aussicht gestellt habe, so ist das Resultat der Wahl schon von vornherein ganz sicher und unzweifelhaft. (Beifall.)

Abg. Rohden: Ich muß darauf bestehen, daß die Vorschrift der Geschäftsordnung beobachtet wird und daß wir die Wahlen in der vorgeschriebenen Weise vornehmen. (Unruhe und Widerspruch.) Meine Absicht dabei ist, daß die Stellung der Herren Präsidenten die volle Kraft des geschäftsordnungsmäßigen Ursprungs habe.

In Folge dieses Widerspruches muß von der Bestätigung des gesammten Bureaus durch Acclamation Abstand genommen und zu förmlichen Neuwahlen geschritten werden.

Bei der Wahl des ersten Präsidenten werden 239 Stimmen abgegeben. Davon erhält der Abg. Dr. Simson 214 Stimmen (auf einem Zettel steht: Dr. Simson für immer!), v. Forckenbeck 8, v. Carlowitz 4, Herzog von Ujest 3, Fürst Solms 1, Graf Schwerin 1, Rohden 1. (Einige Stimmzettel sind ungiltig.)

Der erste Vicepräsident Herzog von Ujest, der während des Wahlactes den Vorsitz übernommen, verkündet dies Resultat und richtet an den Abg. Dr. Simson die Frage, ob er bereit ist, die Wahl zum ersten Präsidenten des Reichstages für die Dauer der Session anzunehmen. Präsident Dr. Simson (aus der Mitte des Hauses): Ich bin dazu bereit.

Präsident Dr. Simson (vom Präsidentenstuhl aus): Das hohe Haus weist mich durch die soeben vollzogene Wahl an, auch für die noch übrige, voraussichtlich nicht mehr lange Dauer unserer Session, an der Stelle zu verharren, die es mir bereits vor vier Wochen angewiesen hat. Ich folge dieser Entscheidung gern und willig in der Hoffnung, daß meine Kraft bis an das uns schon so beträchtlich näher gerückte Ziel ausreichen wird, und empfange sie mit tiefem und bewegtem Danke für das neue Zeichen des Vertrauens, das Sie mir dadurch gewähren. Ich darf es vielleicht dahin deuten, daß das Haus die Ueberzeugung gewonnen hat, daß mich der Wille beseelt, seine Geschäftsordnung nach meinem besten Willen und Wissen zu handhaben, Niemandem zu Liebe und Niemandem zu Leide. Ich werde mich bemühen, dieses neuen Vertrauens in täglicher Anstrengung auch fernerhin mich werther zu machen, und ich bitte Sie um dessen Bewahrung. Denn das darf ich nach vielfacher Erfahrung aussprechen: von dem Vertrauen einer so hohen Versammlung, wie die gegenwärtige, getragen, kann ich die mir übergebene Arbeit keine Last, muß sie vielmehr eine Lust nennen. Und von diesem Vertrauen verlassen, wage ich auszusprechen, daß auch ein Besserer nicht im Stande sein würde, der Aufgabe zu genügen. Ich wiederhole noch einmal meinen innigen und tiefbewegten Dank. (Lebhafter Beifall.)

Bei der Wahl des ersten Vicepräsidenten werden 233 Stimmzettel abgegeben, darunter einige unbeschriebene. Es erhält der Herzog von Ujest 223, v. Carlowitz 6, v. Forckenbeck 1, Graf Renard 1 Stimme. Der Herzog von Ujest nimmt die Wahl mit einem kurzen Worte des Dankes an.

Bei der Wahl des zweiten Vicepräsidenten werden 217 Stimmzettel abgegeben. Es erhält der Abg. v. Bennigsen 168, v. Carlowitz 39, v. Forckenbeck 5, v. Vincke (Hagen) 1, Rohden 1, v. Rothschild 1 Stimme. Der Abg. v. Bennigsen nimmt die Wahl dankbar und mit der Versicherung an, daß er den erneuerten Beweis des Vertrauens seitens des Reichstages hoch zu schätzen wisse.

Präsident Simson theilt mit, daß die Abgg. v. Auerswald und Aßmann bereit sind, das Amt der Quästoren für die Dauer der Session zu versehen.

Das Haus geht nunmehr zur Vorberathung des Verfassungs-Entwurfs über und genehmigt ohne Discussion den Art. 25 des V. Abschnittes, welcher lautet: „Der Reichstag prüft die Legitimation seiner Mitglieder und entscheidet darüber. Er regelt seinen Geschäftsgang und seine Disciplin durch eine Geschäftsordnung und erwählt seinen Präsidenten, seine Vicepräsidenten und Schriftführer."

Zwischen Artikel 25 und 26 hat der Abg. v. Carlowitz folgenden neuen Artikel einzuschieben beantragt: „Auf durchschnittlich 100,000 Seelen der nach der letzten Volkszählung vorhandenen Bevölkerung ist ein Abgeordneter zu wählen, jedoch hat jeder einzelne der zum norddeutschen Bunde gehörigen Staaten mindestens einen Abgeordneten zu wählen. Ein Ueberschuß von wenigstens 50,000 Seelen der Gesammt-Bevölkerung eines Staates wird vollen 100,000 Seelen gleich geachtet."

Abg. v. Carlowitz: Mein Amendement füllt eine bedauerliche Lücke in der Verfassung aus, nämlich die Festsetzung der Zahl der Abgeordneten, die in keiner Verfassungs-Urkunde fehlen darf. Art. 26 spricht von der Mehrheit der Mitglieder, aber eine Bestimmung der Anzahl der Mitglieder des Reichstages fehlt. Daß auch mein Antrag sie nicht präcise ausdrückt, sondern nur von der Bevölkerungszahl abhängig macht, ist nicht meine Schuld, sondern liegt in der Natur der Sache. Gleiche Bewandtniß hat es mit der Ausnahmebestimmung zu Gunsten der Kleinstaaten, die überhaupt nicht 100,000 Seelen Einwohner haben, sowie damit, daß ein Ueberschuß von 50,000 Seelen der Gesammtbevölkerung 100,000 Seelen gleichgeachtet werden solle.

Das Amendement v. Carlowitz wird mit ziemlich großer Majorität abgelehnt.

Zu Art. 26 („Der Reichstag beschließt nach absoluter Stimmenmehrheit. Zur Giltigkeit der Beschlußfassung ist die Anwesenheit der Mehrheit der Mitglieder erforderlich") hat der Abg. Harnier beantragt, in Satz 2 hinter „Mehrheit" einzuschalten: „der gesetzlichen Anzahl".

Abg. Harnier (Oberger.-Anwalt in Kassel): Art. 26 hat zu verschiedenen Auffassungen geführt. Einerseits hat man es für selbstverständlich gehalten, daß die Gesammtzahl der Abgeordneten durch das Gesetz angegeben und daß danach auch die Mehrheit berechnet werden müsse; andererseits hat man im Hinweis auf den Mangel einer solchen Festsetzung gemeint, es solle die Mehrheit der wirklich in das Haus eingetretenen Mitglieder maßgebend sein. Für jede dieser Auffassungen lassen sich Gründe anführen. Sobald aber die Thatsache feststeht, daß verschiedene Auffassungen möglich sind, wird es gerechtfertigt erscheinen, daß man einer jeden zweifelhaften Auslegung durch bestimmte Erklärungen vorbeugt. Wir haben demnach geglaubt vorschlagen zu sollen, daß man die Bestimmung der preußischen Verfassung über die Beschlußfähigkeit des Abgeordnetenhauses hier wörtlich herübernehme, daß man also die Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder für erforderlich erkläre. Es wird damit die Eventualität ausgeschlossen, daß die Gesammtzahl der eingetretenen Mitglieder in jedem einzelnen Falle erst festgestellt werden muß, daß überhaupt die Zahl der Mehrheit fortwährend dem Wechsel unterworfen sei.

Das Amendement Harnier wird angenommen, ebenso Artikel 26 mit diesem Amendement.

Ohne Discussion werden einstimmig genehmigt der Art. 27: „Die Mitglieder des Reichstages sind Vertreter des gesammten Volkes und an Aufträge und Instructionen nicht gebunden." Ferner Art. 28: „Kein Mitglied des Reichstages darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes gethanen Aeußerungen gerichtlich oder disciplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden."

Zwischen Art. 28 und 29 beantragt 1) Abg. Ausfeld folgende Einschaltung: Ein Mitglied des Reichstages darf während der Dauer der Sitzungsperiode ohne Zustimmung des Reichstages wegen strafrechtlicher Anschuldigung weder verhaftet noch in Untersuchung gezogen werden, mit alleiniger Ausnahme der Ergreifung auf frischer That. In diesem letzten Falle ist dem Reichstage von der angeordneten Maßregel sofort Kenntniß zu geben. Es steht dem Reichstage zu, die Aufhebung der Haft oder Untersuchung bis zum Schlusse der Sitzungsperiode zu verfügen. Dieselbe Befugniß steht dem Reichstage in Betreff einer Verhaftung oder Untersuchung zu, welche über ein Mitglied desselben zur Zeit seiner Wahl verhängt gewesen oder nach dieser bis zur Eröffnung der Sitzung verhängt worden ist.

Desgleichen 2) der Abg. Lette: Ohne Genehmigung des Reichstages kann kein Mitglied desselben während der Sitzungs-Periode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn es bei Ausübung der That oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird. Gleiche Genehmigung ist bei einer Verhaftung wegen Schulden erforderlich. Auf Verlangen des Reichstages wird jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchungs- oder Civilhaft für die Dauer der Sitzungs-Periode aufgehoben.

Abg. Dr. Lette: Die beiden Amendements unterscheiden sich in drei Punkten. Das meinige, das sich an den Art. 84 der preußischen Verfassung anschließt, will das Privilegium auch da eintreten lassen, wo es sich um eine Civilhaft handelt, während das Ausfeld'sche dies Vorrecht auf Verhaftungen in Criminalfällen beschränkt. Das Letztere will diese Bestimmung auch für die Zeit zwischen der Wahl der Abgeordneten und der Eröffnung des Reichstages gelten lassen, während mein Antrag sich nur auf die wirkliche Sitzungsperiode des Reichstages bezieht und die Verhaftung nicht blos auf die Ergreifung bei frischer That beschränkt, sondern auch noch für den nächsten Tag gestattet. In formaler Beziehung hat mein Amendement voraus, daß es eben nur eine Reproduction eines sehr gründlich berathenen Artikels der preußischen Verfassung ist. Was das Materielle der Anträge betrifft, so ist dieser bevorrechtete Schutz der Personen der Abgeordneten in fast allen Verfassungen ausdrücklich ausgesprochen und besteht z. B. in England schon seit Anfang des 16. Jahrhunderts. Es soll diese Bestimmung nicht ein Freibrief sein gegen die Gerechtigkeit, sondern nur d s Interesse des Landes wahren, daß ein tüchtiger Reichstags-Abgeordneter nicht ohne hinlänglichen Grund von den Sitzungen des Reichtags ausgeschlossen wird. Indessen die Verfassung soll nicht nur gegen politische Tendenzverfolgungen, sondern auch gegen zu weitgehende Ausbeutung von Privat-Interessen Schutz gewähren und das ist der Zweck der bezüglichen Bestimmung meines Amendements. Die übrigen Differenzpunkte sind mehr untergeordneter Natur.

Es wird darauf das Amendement Ausfeld abgelehnt, das Amendement Lette angenommen, für das Letztere auch mehrere Altliberale, der Abg. v. Vincke (Hagen) nicht.

Zu Art. 29 (Die Mitglieder des Reichstages dürfen als solche keine Besoldung oder Entschädigung beziehen) liegen folgende Amendements vor: 1) Von den Abgg. Weber nnd v. Thünen: Art. 29. Die Mitglieder des Reichstages erhalten aus der Bundeskasse Reisekosten und Diäten nach Maßgabe des Gesetzes. Bis zum Erlaß dieses Gesetzes stellt das Bundespräsidium die Höhe derselben fest. Ein Verzicht auf die Reisekosten und Diäten ist unstatthaft.

2) Von dem Abg. Meier: In Art. 29 hinter „als solche" einzuschalten: „aus öffentlichen Mitteln."

Der Antrag Ausfeld ist zurückgezogen. Die Rednerliste ist so groß, daß ihre Verlesung Heiterkeit hervorruft.

Die Feststellung der Rednerliste ergiebt 7 Redner für, 14 gegen die Vorlage der Regierungen. (Für den Entwurf: Graf Brünneck, Wagener (Neu-Stettin), Graf v. d. Schulenburg, v. Sänger u. s. w., gegen: v. Thünen, Runge, Dr. Rée, v. Puttkamer-Fraustadt, Dr. Waldeck, Bouneß, Graf Solms-Laubach u. s. w.)

Zunächst erhält das Wort

Abg. Graf Brünneck: M. H.! Für mich handelt es sich nicht um die Frage, ob Diäten für Abgeordnete überhaupt bewilligt werden sollen, sondern darum, ob für solche Abgeordnete, welche hervorgegangen sind aus dem demokratischen gleichen und directen Wahlrecht. Das Princip des allgemeinen Wahlrechts steht nämlich in engem Zusammenhange mit der Diätenfrage. Man hat dem allgemeinen Wahlrecht viel Gutes nachgerühmt, es gewissermaßen als ein Universalmittel gegen alle möglichen Schäden gepriesen. Ja, wenn das Alles wahr wäre, dann würde ich aus seinem entschiedensten Gegner sein aufrichtigster Freund werden. Aber das ist nicht der Fall. Auch nach Einführung des allgemeinen Wahlrechts wird es nicht besser werden. Ein anderer Redner, der von sich sagte, daß er viel gelernt und viel vergessen habe, was ich ihm nicht bestreiten will, hat gemeint, daß das allgemeine Wahlrecht dazu da sei, um den Besitz aus den Händen der besitzenden Klassen zu nehmen. Ich glaube, daß er sich darin nicht täuschen wird, denn das möchte wirklich das Streben der Demokratie sein, die ihre Wurzel im allgemeinen Stimmrecht hat. (Ironisches Bravo links.)

Wir haben aber nun einmal das allgemeine Stimmrecht, und nun ist es unsere Pflicht, den verderblichen Folgen desselben entgegenzutreten, bis wir wieder zu einem besseren und ich kann wohl hinzufügen, vernünftigeren Wahlgesetz kommen. Das einzige Mittel, was wir jetzt noch in Händen haben, ist aber die „Diätenlosigkeit" der Abgeordneten. Sollten Sie aber doch Diäten beschließen, dann würden sich diese Räume bald füllen mit solchen Volksfreunden, von denen Plato spricht und sagt, daß sie nur bestehen, daß sie versicherten, es gut zu meinen mit dem Volke und dieser Versicherung nachzukommen suchen nicht auf ihre Kosten. Beschließen Sie aber die Diätenlosigkeit, dann wird es kommen, daß die Abgeordneten der Stadt Berlin vielleicht auf der äußersten Rechten sitzen und von ihren liberalen Collegen vielleicht Reactionäre, vielleicht Feudale genannt werden. (Gelächter.) Diejenigen, welche Diäten wollen, werden schließlich auch thun, wie die Athener thaten und sich ihre Versäumniß in den Werkstätten bezahlen lassen. — Redner citirt Plato, Sokrates, Richard Cobden, Washington und verschiedene andere Autoritäten der alten und neuen Geschichte. — M. H.! Wie das Wahlgesetz, so wird auch das Parlament, wie das Parlament, so die ganze Gesetzgebung. (Sensation. Sehr richtig!) Dieselben Wirkungen bringen überall dieselben Folgen hervor, die Menschen bleiben in ähnlichen Dingen sich immer ähnlich. (Hört, Hört! Sehr richtig!) Die große Menge in London ist auch heutzutage nicht anders, als die große Menge in Athen und Rom war. Niemand wünscht von uns französische oder amerikanische Zustände herbei. Helfen Sie uns dazu, daß wir davor bewahrt bleiben und beschließen Sie, daß, so lange das allgemeine Wahlrecht besteht, keine Diäten bezahlt werden. Das ist das einzige Mittel, die Würde und den Patriotismus dieser Versammlung zu schützen, (Oho! Widerspruch), das einzige Mittel, die innere Ordnung des norddeutschen Bundes auf einen unerschütterlichen Fels zu stellen. Nur dann dürfen wir frohen Muthes allen Gefahren und Stürmen von außen entgegensehen und wie der britische Dichter sagt:

> Es komme selbst die ganze Welt in Waffen,
> Nichts bringt uns Noth und macht uns scheu,
> Bleibt Preußen und Deutschland nur sich selber treu!

(Ironisches Bravo links.)

Abg. v. Thünen (Gutsbesitzer auf Tellow bei Teterow in Mecklenburg): M. H.! Die Annahme des Entwurfs wird die Folge haben, daß den Abgeordneten eine sehr ungleiche Steuer auferlegt wird. Die in Berlin Wohnenden sind dann auf ungleich geringere Opfer angewiesen als die außerhalb Wohnenden. Viele werden diese Opfer auf die Dauer nicht bringen können und auf ihr Mandat verzichten müssen, und es werden nur die großen Grundbesitzer und überhaupt reiche Männer als Vertreter übrig bleiben. Das wären sehr geeignete Elemente für eine erste Kammer, wenn wir eine solche hätten, nicht aber für einen Reichstag, in dem alle Interessen vertreten sein sollen. Wir haben zwar ausgezeichnete Beispiele, daß Intelligenz und Wissen auch mit Reichthum verbunden sein können, als Regel aber gilt dies nicht. Streichen Sie die Diäten, so streichen Sie damit einen großen Theil der Beamten, deren Zulassung Sie erst gestern beschlossen haben, und einen großen Theil der Intelligenz und Bildung der Nation; Sie schaffen ein Herrenhaus ohne Volksvertretung, ein Analogon der mecklenburgischen Ritterschaft. (Widerspruch rechts, lebhafte Zustimmung links.) Mecklenburg, wenn es auch nur entfernt ein Vorbild für den Reichstag abgeben sollte, würde allerdings mit ungeahnter Glorie bekleidet werden, auf die ich als Mitglied der mecklenburgischen Ritterschaft stolz sein könnte, als Reichstagsmitglied aber nicht. M. H., mit der öffentlichen Meinung in solcher Art in Gegensatz zu treten, ist weder für unsere Bedeutung im Inlande noch für die nach außen hin ersprießlich, und deshalb bitte ich Sie, unser Amendement anzunehmen. (Bravo links.)

Abg. Wagener (Neustettin): Meine Herren, ich habe zunächst das Bedürfniß zu einer kleinen häuslichen Auseinandersetzung mit Herrn v. Brünneck, der mein Programm nie verstanden hat, wenn er es in der Weise auslegt, wie wir es vernommen haben. Ich bemühe mich, meine Grundsätze mit den Forderungen der Zeit in Einklang zu bringen, und habe es schon öfter erlebt, daß dies in concreten Fällen, wenn auch nicht gleich, so doch nach einer Reihe von Jahren von meiner Partei gebilligt wurde. Von einem Sturmlauf gegen den Besitz habe ich nie gesprochen, sondern nur als einen Vorzug des allgemeinen Wahlrechts das angegeben, daß es die Leute da berührt, wo sie am empfindlichsten sind, an ihrem Besitz, oder um noch deutlicher zu sein, ich habe es als einen wesentlichen Fortschritt gefunden, wenn nicht blos immer Krone und Fürst, die Junker und der Grundfeudalismus angegriffen werden und wenn der industrielle Feudalismus einsieht, daß auch er solchen Angriffen ausgesetzt ist, daß das allgemeine Stimmrecht eine Solidarität der Interessen aller besitzenden Klassen geschaffen hat, mögen sie nun Grundbesitz oder beweglichen Besitz haben, und daß es gewisse gemeinschaftliche conservative Grundsätze giebt, die nicht erschüttert werden dürfen, wenn das Haus nicht über Alle gleichmäßig einstürzen soll. Auch mir ist Plato nicht ganz unbekannt, aber auf dem Gebiete, wo wir uns hier befinden, habe ich immer mehr von Herrn v. Patow, als von Plato gelernt. (Heiterkeit.) — Meine Herren, die Diätenfrage ist keine Geldfrage, sondern eine Staats- und Systemfrage, die entscheidend ist für die Entwickelung des gesammten Deutschland. Die Deductionen des Herrn Vorredners erfordern kaum eine Widerlegung. Dieses Haus ist ohne Diäten gewählt (Widerspruch) oder doch wenigstens alle Abgeordneten aus Preußen, und ich glaube nicht, daß die preußischen Abgeordneten so sehr nach Mecklenburg schmecken, der geehrte Herr Vorredner schmeckt jedenfalls mehr darnach.

Es giebt auch in der Intelligenz ein Proletariat, und daß dies ausgeschlossen ist, wird kein Schaden sein. Ich will das nicht näher ausführen, bitte Sie aber, das neueste Buch des englischen Hauptdemokraten Stuart Mill zu lesen, da werden Sie alle Gründe gegen die Diäten finden, die ich in dieser Beziehung hier entwickeln könnte. Stuart Mill ist der entschiedenste Verfechter des allgemeinen Stimmrechts, er sagt aber, daß es alle Verhältnisse auf den Kopf stellen hieße, wenn nicht zugleich die Diäten versagt würden. Man spricht von einer ungleichen Besteuerung? Ja, m. H., diese Ungleichheit kann nie ausgeglichen werden; die eine Person hat viel Zeit, die andere wenig, die eine kann ihre Zeit sehr hoch, die andere sehr niedrig verwerthen. Ich frage Sie, wie viel wir etwa Herrn Meier aus Bremen oder Herrn von Rothschild geben müßten, wenn wir ihre Opfer an Zeit vollgiltig entschädigen sollten. (Zeichen der Mißbilligung links.) M. H. Wir werden nie um einen gewissen Census herumkommen. In der Welt ist Alles Census, Frühstück, Mittagbrot und Abendbrot; es kommt nur darauf an, wie weit der Geldbeutel reicht, und danach soll sich auch der richten, welcher öffentliche Functionen übernimmt. Sie dürfen sich über die Opfer, die sie zu bringen haben, nicht beklagen, am wenigsten dürfen es diejenigen Herren, die stets von Selbstverwaltung sprechen. Zwei verschiedene Systeme können in einem Lande nicht bestehen. Das Princip der Ehrenämter und der Selbstverwaltung muß entweder völlig durchgeführt werden oder gar nicht. Eine bureaukratische Regierung und eine angebliche Selbstverwaltung in Kreis- und Gemeindevertretung sind Gegensätze, die sich gegenseitig aufzehren. Ehrenämter und Selbstverwaltung sind nicht möglich in der Kreisverfassung, wenn nicht auch in den oberen Instanzen das entsprechende System befolgt wird.

Wir werden es nie in der Vertretung der unteren Instanzen zur Einführung der Ehrenämter bringen, wenn die höchste Vertretung im Staate mit einer noch dazu kümmerlichen Besoldung bedacht werden soll. (Beifall rechts. Widerspruch links.) Gewiß, m. H., mit drei Thalern Diäten werden Sie den Glanz der Volksvertretung ohne sonstigen Zuschuß aus eigenen Mitteln nicht aufrecht zu halten vermögen. (Heiterkeit.) Wenn wir nicht vollen Ernst machen mit der Selbstverwaltung und den Ehrenämtern, so werden wir dem Präfectenthum nicht entgehen können. Ich bitte Sie, lehnen Sie die Vorlage der Regierungen nicht ab, sondern nehmen Sie sie an in dem Bewußtsein, daß damit ein neuer Abschnitt unserer Entwickelung beginnt. Sie werden kaum darüber im Zweifel sein, daß die Machtvollkommenheit des englischen Parlaments wesentlich auf den sich selbst regierenden Grafschaften und Communen beruht und daß im Parlamente nichts zu thun ist, als dieselben Grundsätze, welche die Mitglieder in der speciellen Heimath geübt haben, auf das Staatswesen im Ganzen anzuwenden. Lassen Sie also die Diätenfrage und sorgen Sie lieber für Selbstregierung zu Hause und glauben Sie, was der französische Schriftsteller sagt: Es wird nie gelingen, den Kopf der Freiheit auf den Rumpf der Knechtschaft, oder das Haupt der Selbstregierung auf den Leib der Bureaukratie zu setzen. (Bravo rechts!)

Abg. Dr. Ree [Schulmann in Hamburg] (gegen den Entwurf): Der Abg. v. Below hat vor einigen Tagen mit Emphase ausgerufen: Keine Diäten! Wahrscheinlich ging er dabei von der Ansicht aus, daß der Beruf des Volksvertreters von so hoher Bedeutung sei, daß seine Hand nicht von dem befleckt werden dürfe, was den Charakter am meisten herabwürdigt, nämlich vom Gelde. (Heiterkeit.) Will man diesen Grundsatz in Anwendung bringen, so muß man aber auch consequent sein, und da ziehe ich freilich andere Consequenzen als der Abgeordnete Wagener. Wenn man das Geld für so herabwürdigend hält, warum sollte es denn nur herabwürdigend sein für die Legislative, nicht für die Executive? (Beifall links); nicht für die Minister? (Sehr wahr! links.) Man sollte doch meinen, daß die Hand des Ministers dann ebenso vom Gelde befleckt würde (sehr wahr!). Wenn das Princip also richtig ist, so möge man erst den Ministern kein Gehalt mehr geben, dann auch den Abgeordneten die Diäten verweigern, früher aber nicht. (Heiterkeit.) Ich bin anderer Ansicht; ich will für die Abgeordneten Diäten, also auch für die Minister Gehalt. Das Princip des Herrn v. Below zeugt von großer Verkehrtheit auch vom Standpunkte des Realpolitikers aus. Selbst für den Idealisten ist ein gewisses Maß Geld durchaus nothwendig. Wer mehr auf Geld giebt als nöthig ist, den nennen wir interessirt; wer aber gar keinen Werth darauf legt, ist leichtsinnig. Sie werden durch die Verweigerung der Diäten nicht erreichen, daß vollständig uninteressirte Männer hierher kommen, sondern nur wohlhabende, die leichtfertig genug sind, daß es ihnen nicht darauf ankommt, zu ihrem Vergnügen 6 Jahre in der Residenz zu leben und viel Geld auszugeben; nur Reiche werden kommen können. Herr v. Below wird also gerade das Gegentheil von dem erreichen, was er will, nicht eine Unterschätzung, sondern eine Ueberschätzung des Geldes.

Ich bitte Sie, m. H., blicken Sie nach Nordamerika und nach der Schweiz, wo gleichfalls Diäten bei dem allgemeinen Wahlrechte gezahlt werden. Sind denn dort die Besitzlosen ausschließlich in den gesetzgebenden Versammlungen? Nein, die Abgeordneten werden überall entsprechen den socialen Zuständen des betreffenden Landes. Die Verweigerung der Diäten hat noch andere nachtheilige Folgen; Sie schließen dadurch die Intelligenz aus. Der Abg. Wagener wünscht, daß das „Proletariat" der Intelligenz damit ausgeschlossen wird. Ich möchte sehr wünschen, daß dieser Herr uns erklären möge, was er darunter versteht; ich nehme nicht an, daß er damit diejenigen meint, die arm sind an irdischen Gütern, sondern die, welche an Leistungen für das Vaterland noch wenig geliefert. Ich möchte hierbei daran erinnern, daß von unseren größten Dichtern, Denkern und Staatsmännern die meisten so standen, daß sie nicht im Stande gewesen wären, sich mehrere Monate ohne Diäten hier aufzuhalten. Und nun glauben Sie noch nicht, daß Sie die Intelligenz ausschließen bei der begründeten Erfahrung, daß die meisten eminenten Männer in Deutschland mit Glücksgütern nicht gesegnet sind? — Man sagt ferner, wenn keine Diäten gezahlt werden, so werde das Parlament recht praktisch werden. Nun, wir wissen recht gut, was jene Herren unter praktisch verstehen; über Hals und Kopf Alles beschließen ohne Rücksichtnahme auf bessere Erfahrungen. Für diese Art des öffentlichen Lebens bedanken wir uns aber. Durch die Verweigerung der Diäten verderben Sie das öffentliche Leben. Sobald Sie den Besitz von Vermögen für nothwendig erklären zur Wirksamkeit im öffentlichen Leben, zerstören Sie das Leben so vieler tüchtiger gelehrter Männer, die ihr Hauptmerk auf Studien legen und nur so viel erwerben, wie sie nothwendig brauchen. Machen Sie aber die öffentliche Wirksamkeit vom Gelde abhängig, so zwingen Sie dieselben, mehr zu erwerben,

sich hauptsächlich auf Gelderwerb zu legen. Damit vergiften Sie aber unser deutsches Leben. (Beifall links.)

Sie schaffen damit die schmählichste aller Aristokratien. (Beifall links, Widerspruch rechts.) Wenn Sie nun einmal jetzt nicht für Diäten stimmen wollen, so streichen Sie den Art. 29 ganz und lassen Sie die Frage unentschieden. Wozu wollen Sie ein Gesetz geben, das so leicht zu umgehen ist. Und, m. H., es sind wahrlich nicht die schlechtesten Leute, die Sie zwingen, das Gesetz zu umgehen. Von den Gesetzen, die nicht in Uebereinstimmung mit der Sitte und der öffentlichen Meinung stehen, giebt es zwei Klassen; erstlich solche Gesetze, die der Sitte und der öffentlichen Meinung vorausgehen und insofern erziehend wirken, und zweitens solche, die hinter der Sitte und der öffentlichen Meinung zurückstehen, reactionär und verderblich sind. Von den Gesetzen der ersten Klasse will ich Ihnen nur anführen die allgemeine Wehrpflicht und den Schulzwang, die zur Zeit ihrer Einführung nicht in Uebereinstimmung mit der Sitte standen, aber erziehend wirkten; es waren nur schlechte Leute, die dieselben zu übertreten versuchten. Zur zweiten Klasse gehören der Zunftzwang und der kirchliche Zwang. Sind es nun etwa die schlechten Leute, die sich diesen widersetzen? Nein, es sind die besten, die edelsten Männer, die Märtyrer für den Fortschritt. Ganz so verhält es sich mit dem Artikel 29. Dies ist gleichfalls ein Gesetz, das mit der Sitte und der öffentlichen Meinung in Widerspruch steht, das die besten Männer umgehen müssen. M. H.! Sie haben ein großes Princip angenommen, das allgemeine Stimmrecht: ich will es dieser Versammlung wünschen, daß sie es auch in großartiger Weise durchzuführen versteht und nicht durch kleinliche Dinge herabwürdigt; dies geschieht aber durch jede Verehrung des Mammons und durch kleinlichen Krakehl. (Lebhafter Beifall links.)

Präsident der Bundescommissarien Graf Bismarck: Im Namen und im Auftrage der hohen verbündeten Regierungen muß ich die Mittheilung machen, daß dieselben erklären, auf die Bewilligung und Zulassung von Diäten unter keinen Umständen sich einlassen zu können. Die verbündeten Regierungen bitten vielmehr die hohe Versammlung, die Entscheidung dieser Frage dem Wege der Gesetzgebung demnächst zu überlassen, nachdem man im Stande gewesen sein wird, beruhigende Erfahrungen über die Wirkungen eines bisher noch wenig erprobten Wahlgesetzes zu sammeln (Große Bewegung auf allen Seiten des Hauses).

Abg. Hering (Rechtsanwalt in Eisenach) (für die Vorlage): Ich habe mich allerdings für den Art. 29 einschreiben lassen, der den Abgeordneten „Besoldung und Entschädigung" verweigert; hierzu bin ich dazu veranlaßt worden, daß man in den Mittelstaaten unter „Besoldung und Entschädigung" ein Tagegeld und Reisekosten verstanden hat. Da ich aber aus den Aeußerungen der bisherigen Redner und des Präsidenten der Bundes-Commissarien ersehe, daß man hier etwas Anderes darunter versteht, sehe ich mich veranlaßt, gegen den Entwurf zu sprechen, da ich der Meinung bin, daß den Abgeordneten diese baaren Auslagen auf jeden Fall gewährt werden müssen. — Man sagt: das ist eine Frage der Delicatesse, des Anstandes; das war es vielleicht vor 15 bis 20 Jahren, als das Volk die Bedeutung der Landtage noch nicht begriff. Die Entziehung von Diäten ist für uns eine Cardinalfrage, die Diäten sind die Schutzwehr des allgemeinen passiven Wahlrechts und einer von den Gegenständen, auf die wir bei dem Transport aus den Einzel-Landtagen in den Reichstag ganz besonders Acht geben, und die nicht zu verlieren wir alle unsere Kräfte einsetzen müssen. Die Verweigerung der Diäten heißt nichts Anderes als ein Privilegium des Geldsacks (sehr wahr links). Die Ernestiner aus Sachsen-Weimar, deren Namen einen guten Klang für die Culturgeschichte Deutschlands und für die Entwickelung des constitutionellen Lebens hat, die sich bei dem 50jährigen Jubiläum der Verfassung rühmen konnten, dieselbe nie verletzt zu haben, haben das Princip der Nothwendigkeit der Diäten immer anerkannt und sich selbst der vom Lantage selbst beantragten Herabsetzung derselben widersetzt.

M. H.! Ich bin ein entschiedener Gegner alles Particularismus; da wir aber nun einmal einen Bundesstaat bilden, muß man auch die nöthigen Rücksichten auf die Kleinstaaten nehmen. Streichen Sie aber die Diäten, so werden aus den kleinen Ländern nur sehr wenig oder nur solche Abgeordnete kommen können, zu denen das Volk nie Vertrauen haben kann. Man hat hier das Beispiel Englands angeführt, die englischen Verhältnisse passen aber auf uns nicht. In Deutschland ist die Intelligenz und der Charakter nicht immer bei dem Geldbeutel. In England ist die politische Bildung von oben herab gekommen, bei uns umgekehrt und ich bin überzeugt, daß ein englischer Tory in vielen Fragen auf der linken Seite des Hauses sitzen würde. Man sagt nun, den gegenwärtigen Abgeordneten werden auch keine Diäten gezahlt und sie sind doch zahlreich vertreten. M. H.! Das ist allerdings für die preußischen Abgeordneten wahr; es ist aber keine Beruhigung für die Zukunft; dieses Opfer für diesen Reichstag bringt wohl Jeder gern; anders ist es aber bei einer fortgesetzten Legislaturperiode. Der Herr Präsident der Bundes-Commissarien würde wohl nicht umhin können, liebe Genossen und kampfbereite Gegner zu vermissen; und der kühne Staatsmann und ritterliche Herr würde sich davon wohl sehr schmerzlich berührt fühlen. (Große Heiterkeit.) Um mit einem Gymnasialprofessor zu reden: Er würde wohl viele sehen, die nicht da sind. (Heiterkeit.) Die Erfahrungen des preußischen Herrenhauses geben uns zu dieser Vermuthung wohl alle Veranlassung. (Sehr wahr; links.)

Der Herr Präsident der Bundes-Commissarien hat nun vor der Annahme gewarnt, da die verbündeten Regierungen wünschten, daß der nun einmal vereinbarte Verfassungsentwurf möglichst ohne Aenderungen angenommen würde. Nun haben wir aber gestern gesehen, daß, als es sich um eine so principielle Frage handelte und eine schneidende Abänderung des vorgelegten Entwurfs beantragt war, der Herr Präsident der Bundes-Commissarien Graf Bismarck, der königlich preußische Kriegsminister v. Roon und der großherzoglich sachsen-weimarische Bundes-Commissar selbst für das Amendement gestimmt haben (hört! hört!). Auf diese Erklärung ist also so viel Werth wohl nicht zu legen. Ich kann mir nicht denken, daß die verbündeten Regierungen an dieser Frage den ganzen Verfassungsentwurf fallen lassen werden, und wenn es geschehen sollte, daß von Seiten der Regierungen hieran der ganze Bund scheiterte, dann können wir wohl das Urtheil der Geschichte ruhig überlassen. Es ist gestern darauf hingewiesen worden, daß schwere Verwickelungen und Gefahren drohten und deshalb der Reichstag mit den Regierungen zusammengehen müsse. Diesen Willen hat jedes Mitglied des Reichstags, und ich glaube, meine Herren, daß Mitglieder mit Tagesgeldern an Vaterlandsliebe den andern nicht nachstehen. (Beifall links.)

Königlich sächsischer Bundes-Commissar v. Friesen: Im Namen der deutschen Regierungen spreche ich aus, daß sie auch in dieser Frage im Einverständniß mit der preußischen Regierung sich befinden; im Namen der sächsischen Regierung kann ich dies noch speciell versichern und ich habe auch keinen Grund, anzunehmen, daß die anderen Regierungen heut von dem Grundsatze abgehen sollten, den sie damals hatten. Der letzte Redner sagt, es wäre eine Frage von particularistischem Interesse. Wir haben dabei keinen so kleinlichen Standpunkt eingenommen, sondern auf das große Interesse Deutschlands und auf das große conservative Interesse Rücksicht genommen. — Die Frage ist wichtig, weil sie nach meiner Ansicht im engsten Zusammenhang mit Artikel 21 (allgemeines Wahlrecht) steht. Ich muß ganz offen bekennen, daß die Zustimmung zu Art. 21 mir am schwersten geworden ist. Wenn man, wie ich, sein ganzes Leben dem conservativen Interesse gewidmet hat, so wird man es mir wohl nicht verdenken, daß mir diese Zustimmung schwer geworden ist. Obwohl es mir bedenklich war, habe ich dennoch zugestimmt, weil ich nichts Anderes an seine Stelle zu setzen wußte und weil Art. 29 darin stand, der unzertrennlich damit zusammenhängt. Ich bin fest überzeugt, daß die Herren die nachtheiligen Folgen der Diätenverweigerung überschätzen; auch wenn keine Diäten gezahlt werden, so habe ich die Ueberzeugung, daß sich in allen Parteien Männer finden, die Opfer bringen können und bringen wollen. Wir werden dann auch kürzere Reichstage erhalten, hoffentlich keinen so langen wie bisher. (Beifall rechts.) Wenn sich nun wirklich bei der Diätenlosigkeit in ganz unerwarteter Weise Nachtheile herausstellen sollten, so kann ja diesem Uebelstande auf dem Wege der Gesetzgebung abgeholfen werden. Haben Sie aber erst ein allgemeines Wahlrecht und Diäten, so wird das Haus mit Diäten nie für Abschaffung der Diäten stimmen. (Beifall rechts.)

Präsident der Bundescommissarien Graf Bismarck: Da bereits ein Schlußantrag vorliegt, so erlaube ich mir für den Fall, daß derselbe angenommen werden sollte, ein Mißverständniß zu berichtigen, was, wie mir privatim gesagt worden ist, durch meine Worte sich vorhin im Schooße der Versammlung erzeugt hat. Ich habe nicht sagen wollen, man könne jetzt den Artikel der Verfassung hier streichen und die ganze Frage, ob ja oder nein durch die Gesetzgebung später reguliren, sondern ich habe nur dasselbe sagen wollen, was der Herr Vertreter der königlich sächsischen Regierung soeben gesagt hat; wenn sich solche Mißstände aus der Diätenlosigkeit ergeben haben würden oder wenn sich nur aus dem Verlauf der Handhabung des Wahlgesetzes ergeben würde, daß es ohne Gefahr geschehen kann, so ist es späterhin immer unbenommen, im Wege der Gesetzgebung Diäten einzuführen. Aber die Erklärung, die ich namens der verbündeten Regierungen gegeben habe, hat ihren Schwerpunkt in dem ersten Theile meiner Aeußerung, wonach ich sagte, daß die hohen Regierungen dahin einig seien, daß sie unter keinen Umständen die Zulassung oder Bewilligung von Diäten glaubten acceptiren zu können.

Der Antrag auf Schluß wird gestellt; Ruf links: Nein! Nein! Der Antrag wird abgelehnt; dafür nur einige Conservative mit dem Abg. v. Vincke (Hagen).

Abg. Graf Schulenburg (preuß. Rittmstr. a. D., für den Entwurf): M. H., ich hätte erwartet, daß Sie den Schluß annehmen würden; da Sie aber noch große Lust zu haben scheinen, mehr zu hören (Ruf: Sie nicht!) will auch ich mich der Pflicht zu sprechen nicht entziehen. Ein großer englischer Staatsmann hat gesagt, wenn man keine Opposition hätte, so müsse man sich solche kaufen. Nun, ich denke, an Opposition wäre bei uns mehr Angebot als Nachfrage; also brauchen wir keine Diäten. Nun sind doch Amendements gestellt auf Diäten aus öffentlichen und aus Privatsäckeln. Wenn die Dreithalermänner (Ruf: Pfui, Pfui!) perennirend machen wollen, so müssen sie drei Klassen unterscheiden: solche die auskommen, solche die nicht auskommen und solche, die noch etwas zurücklegen. Ein großer Theil von Abgeordneten, die in Berlin leben und Beamte sind, betrachten die Diäten als angemessenes Taschengeld. Ich muß mich wundern, daß der Antrag auf Diäten gerade von jener Seite (nach links deutend) kommt, die sonst immer allein Anspruch darauf macht, opferbereit zu sein. Die Mitglieder der Schwurgerichte erhalten auch keine Diäten. (Ruf: aber die Provinziallandtage.) Der Reichstag ist berufen im Vertrauen auf die Mäßigung und bescheidene Zurückhaltung seiner Mitglieder (anhaltendes Gelächter links) und ich dächte, es wäre wohl an der Zeit, daß jeder Mann mit harter Hand die Wünsche aus seinem eigenen Herzen reißt und das, was er für richtig hält, dem großen Ziele opfert. Wir haben zu lange gelebt im Lande der Schulen und Kasernen, des Lichtes und der Kraft und sind Handlanger gewesen am wahren liberalen Staat Preußen (Sensation), als daß wir uns nicht in die große Zeit zu finden wüßten. (Ruf: zur Sache!) Es ist lediglich die Erfindung einer übelwollenden und schlechtunterrichteten Presse, wenn man sagt, wir ständen auf dem Standpunkt des verknöcherten Junkerthums. Nein, wir sind ehrlich und redlich bemüht, an dem großen Ziele des deutschen Volkes mitzuwirken. (Gelächter.) Der Entwurf, den dieser große Baumeister (auf Bismarck deutend) gezeichnet hat, giebt uns die Conturen an, bis wohin wir gehen können. Wir haben mit Ihnen gestimmt für das allgemeine Wahlrecht, aber in der Voraussetzung, ohne Diäten; wir erwarten deshalb zuversichtlich, daß Sie ihre Amendements fallen lassen und mit uns für die Regierungsvorlage stimmen. (Gelächter links, Beifall rechts.)

Vom Abg. Windthorst ist das Amendement eingegangen: den Art. 29 zu streichen und dafür zu setzen: „der Bundesgesetzgebung bleibt es vorbehalten, zu bestimmen, ob und welche Diäten und Reise kosten den Reichstagsmitgliedern zu gewähren sind".

Abg. Twesten: Der Zweck des eben verlesenen Antrages würde erreicht, wenn wir den Art. 29 strichen, und ich gestehe, daß ich den Hrn. Grafen von Bismarck auch so verstanden habe, daß er gegen die Streichung nichts einzuwenden habe. Ich war gern bereit, auf diesen Handel einzugehen, und bedaure die später erfolgte Rectification. Wenn eine Versammlung zur sofortigen Entscheidung der Diätenfrage geeignet ist, so ist es diese: gerade wir, die wir keine Diäten beziehen, haben die Unbefangenheit dazu; von einer späteren Versammlung wird man sagen, daß sie sich selbst votirt. Als das Wahlgesetz dem preußischen Landtag vorlag, sagte der Herr Ministerpräsident, daß die Entscheidung der Diätenfrage der Gesetzgebung des Parlamentes vorbehalten sein solle, und auch ich habe mich in der Commission wie als Referent derselben dahin erklärt, daß man mit Rücksicht darauf für diese Versammlung von der Entscheidung der Diätenfrage absehen könne. Daß der Verfassungsentwurf an unserer jetzt bevorstehenden Entscheidung scheitern werde, besorge ich nicht. Aber überrascht hat mich die Erklärung des königlich sächsischen Bevollmächtigten der gar nicht zu beachten scheint, daß sämmtliche Abgeordnete dieses Hauses mit Ausnahme derer aus Preußen, Mecklenburg, Reuß ältere Linie und etwa noch Anhalt von ihren Regierungen Diäten erhalten. (Sehr wahr!)

Zumal in den kleinen Staaten begreift man nicht, wie ohne Ersatz der baaren Auslagen — denn um diesen Ersatz allein handelt es sich — ein Mandat für den Reichstag zu übernehmen sei. Es handelt sich hier gar nicht um eine politische Parteifrage. Bei der Vorlage des Wahlgesetzes sagt die Regierung, es solle nur für diese ad hoc zu wählende Versammlung giltig sein. Man acceptirte es, weil kein anderes vorlag und weil ein besseres zu machen, wie das Beispiel Englands beweist, sehr schwierig ist, trotz der Bedenken gegen das allgemeine Wahlrecht, die nicht blos auf der conservativen Seite des Hauses herrschen. Damals sagte der Abg. Wagener im preußischen Landtage, er sei über die Diätenfrage noch nicht zum Abschluß gelangt. Heute erfahren wir, daß er inzwischen zum Abschluß gelangt ist. (Heiterkeit.) Die Versagung der Diäten wird nun als ein Schutz gegen das allgemeine Wahlrecht empfohlen, sowohl vom Abg. v. Brünneck, wie von dem königlich sächsischen Herrn Bevollmächtigten. Aber wenn es eines solchen Schutzes bedarf, wenn die Regierungen auf Umwegen nach Mitteln suchen müssen, um die Wirkungen des allgemeinen Wahlrechts zu paralysiren, warum adoptirten sie es denn überhaupt? Dann war es doch besser, eine so wichtige Frage von Grund aus zu discutiren. Ein anderes Schutzmittel sollte die Ausschließung der Beamten sein. Nun sagte der Herr Präsident der Bundescommissarien ganz richtig, daß alle Wahlgesetze ungefähr dasselbe Resultat haben möchten und er hat ganz Recht, wenn er dabei an das directe und indirecte Wahlsystem denkt.

Der Ausschluß der Beamten würde aber die Physiognomie dieser und aller anderen repräsentativen Versammlungen sehr wesentlich verändern und man würde nicht mehr „dieselben Gesichter" wiedersehen. In dem letzten preußischen Landtage waren 137 Beamte im Staatsdienst und 39 Communal- und außer Dienst befindliche Beamte, sie machten also 50 Procent des Landtages aus. In unserem Reichstage bilden sie sogar 60 Procent, indem u. A. 87 Beamte aus den alten preußischen Provinzen hier sitzen. Das Verhältniß der Gutsbesitzer ist sich in beiden Versammlungen ungefähr gleich geblieben, nämlich 37 gegen 40 im Reichstage. Bei den Industriellen ist das Verhältniß ungleich geworden: 14 gegen 5 im Reichstage. In unserem Abgeordnetenhause sprach Herr Wagener es aus, daß das allgemeine Wahlrecht die liberale Bourgeoisie entfernen, daß die Bataillone der Arbeiter gegen sie marschiren würden. Solche Aeußerungen machen mit Recht gegen das allgemeine Wahlrecht bedenklich, da es in Verbindung mit der zu größerer Macht als jemals erstarkten militärischen Kraft die Wege zum Cäsarismus ebnen wird. Der Herr Minister von Friesen sagt uns: Die rechten Männer für den Reichstag werden sich auch ohne Diäten finden. Aber die ehemalige erste Kammer in Preußen hat gezeigt, daß sie sich nicht leicht finden, es saßen in ihr etwa 80 Berliner (Widerspruch und Heiterkeit). Ich weiß die Zahl nicht genau, aber ungefähr so viel Berliner waren darin und ich wünsche das für den Reichstag nicht. (Heiterkeit.)

Auch habe ich von Gutsbesitzern, nicht blos von Beamten gehört, daß sie ein Mandat für diese Versammlung ausschlugen, weil der Ausfall der Diäten für sie zuempfindlich war. Man sagt uns, daß wir uns unserem deutschen Wesen treu bleiben sollen. Nun wohl, alle Versammlungen in Preußen bezogen und beziehen Diäten, die Mitglieder der Provinziallandtage 4 Thlr., nicht blos 3 (Hört!) und man kann denen, die von den Dreithalermännern hier reden, wohl die Vierthalermänner entgegenhalten. Es wäre gut, wenn wir auf die Diäten verzichten könnten, ohne die Intelligenz auszuschließen. Das können wir aber nicht. Die Frage liegt so: giebt es nicht einzelne Personen, sondern ganze Klassen, die ohne Entschädigung die öffentlichen Geschäfte des Landes versehen können und vom Vertrauen des Volkes getragen werden? Diese Frage ist zu verneinen. Die Ausschließung der Beamten, die zum größten Theil conservativ sind, verbunden mit der Versagung der Diäten, die einen Census von 300 Thlrn. für die passive Wahlfähigkeit aufstellt, ist ein Widerspruch gegen das allgemeine Wahlrecht, der schwer empfunden wird und in künftigen Zeiten ein sehr gefährliches Agitationsmittel werden kann. Die Conservativen sollten wahrlich nicht die Gegensätze in so bedeutsamer Weise verschärfen. Der Besitz ist schon ohnehin eine große Macht: ist es wohlgethan, den Gegensatz zwischen Arm und Reich noch durch ungleiche Vertheilung der politischen Rechte zu verschärfen? (Lebhafter Beifall.)

Abg. Jungermann (Ministerialsecretär in Kassel): Ich acceptire zunächst das Wort meines Herrn Vorredners, daß die Frage, ob den Abgeordneten Diäten zu bewilligen seien oder nicht, keine Parteifrage ist. Dieser Umstand macht es erklärlich, wenn ich im Gegensatz zu einer großen Zahl meiner Parteigenossen gegen die Bewilligung der Diäten das Wort ergreife. Ich bestreite es, daß ich hier als Abgeordneter einen „Dienst" erfülle, ich vertrete mich hier lediglich selbst, ich bin nicht hergekommen meinen Wählern zu Liebe, sondern nur, um meine Ansichten, meinen Einfluß hier zur Geltung zu bringen. Die Befürchtung, daß durch die Verweigerung von Diäten es dem Bürgerstande unmöglich werden würde, aus seinen Kreisen Vertreter zu schicken, kann ich nicht theilen, auch bin ich nicht der Ansicht, daß der nachträgliche Census, der hierdurch eingeführt werde, eine Inconsequenz gegenüber dem Principe des allgemeinen Wahlrechtes enthalte. Das Wahlsystem thut hierbei gar nichts zur Sache. Die Frage nach der Diäten-Bewilligung läuft als eine ganz unabhängige daneben her. Was aber für mich entscheidend ist, ist der Umstand, daß, wenn wir keine Diäten zahlen, Viele, die nicht die rechten Männer zu Abgeordneten sind, dann auch nicht hierher gewählt werden. Uebrigens wird ein Reichstag, der aus nicht besoldeten Abgeordneten besteht, der Regierung gegenüber eine viel festere Haltung einnehmen als im anderen Falle. Ueberhaupt ist meiner Ansicht nach zur Vertretung des Volkes die Aristokratie recht eigentlich berufen, ich, als Bürgerlicher, kann das ruhig aussprechen (Bravo rechts), und sie wird dann mehr auf die Bahn der Intelligenz hingelenkt werden. M. H.! Ich will als Abgeordneter mir nicht sagen lassen von meinen Wählern, daß der Staat mich für die Vertretung besoldet (Bravo rechts), ich will aber ebenso meinen Kopf hoch tragen der Regierung gegenüber und will nicht von den Ministern hören, daß für die Herren der Opposition monatlich so und so viel tausend Thaler gezahlt werden müssen. Bange machen über das größere oder geringere Maß von Freiheiten, die uns die Regierung bewilligen will, lasse ich mir überhaupt nicht. Ich bin der Meinung: Quant vaut l'homme, tant vaut la chose!

Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Abg. Windthorst: Da der Ausgleich, den ich durch mein Amendement versucht habe, nicht acceptirt ist, außerdem auch die Geschäftsordnung nicht gestattet, solche Vermittelungsvorschläge näher zu motiviren, so ziehe ich meinen Antrag zurück.

Abg. v. Brünneck (zu einer persönlichen Bemerkung): Dem Hrn. Abg. Wagener habe ich nur meine Freude darüber ausgedrückt, daß er viel gelernt hat. Ich wünsche nur, daß dies auch in der Arbeiterfrage der Fall sein möge, wobei ihm Plato nützlicher sein wird als Cato.

Die Reihe der in Aussicht genommenen Abstimmungen beginnt mit einer namentlichen über den Antrag v. Thünen und Weber, die mit großer Spannung verfolgt wird. Von 266 Stimmen werden 136 für, 130 gegen den Antrag abgegeben, durch dessen Annahme sich der Reichstag für die Gewährung von Diäten erklärt und den Antrag Meier, sowie den Art. 29 der Regierungsvorlage in der Vorberathung erledigt hat. Die Parteien stimmten fast ganz geschlossen und wir erwähnen nur, daß mit Nein, gegen den Antrag unter Andern stimmten die Abgg. Dr. Braun (Wiesbaden), Cottenet, Duncker (Halle), Graf Dyhrn, Dr. Falk, Dr. Friedenthal, Dr. v. Gerber, Graf Henckel v. Donnersmark, Hergenhahn, Jungermann, Dr. Kraetzig, Meier (Bremen), Michaelis (Ueckermünde), Graf Renard, v. Sybel, Sloman, beide v. Vincke's, Stumm, v. Rothschild. Mit Ja, für den Antrag stimmten u. a. Baumstark, de Chapeaurouge, Graf zu Dohna-Kotzenau, Erxleben, v. Hammerstein (Hannover), Haberkorn, Gneist, Dr. Freytag, v. Kleinsorgen, Dr. Lette, v. Mallinckrodt, Rohden, Dr. Schleiden, Schraps, Graf Schwerin, Dr. Simson, v. Spankeren, v. Baerst, Windthorst, Dr. Zachariae. Der Abg. v. Gruner enthält sich der Abstimmung.

Es erübrigt noch die Abstimmung über den entsprechenden Artikel des Groote'schen Verfassungs-Entwurfes. — Abg. Groote beantragt, die Verhandlung zu vertagen, da er durch Krankheit verhindert gewesen sei, denselben heute näher zu erläutern. — Auf die Bemerkung des Präsidenten, daß die Discussion auch über dies Amendement schon geschlossen und daher höchstens noch eine Vertagung der Abstimmung darüber möglich sei, zieht der Abg. Groote seinen Antrag zurück.

Es folgen Wahlprüfungen ohne jedes Interesse vor fast leeren Bänken. Der Abg. Persius als Referent der 5. Abtheilung theilt den Antrag derselben mit, die Wahl des Abg. Brons zu beanstanden. Abg. v. Vincke macht darauf aufmerksam, daß ein solcher Antrag nicht in einem beschlußunfähigen Hause verhandelt werden könne, und der Präsident stimmt ihm bei.

Schluß 4¼ Uhr. Nächste Sitzung Montag 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Vorberathung. Abschnitt VI. u. ff.

Berlin, 30 März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Standesherrn Grafen Friedrich zu Solms-Baruth das Prädicat „Excellenz", sowie dem Geheimen Calculator bei dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Rechnungs-Rath Curdes, und dem bei der Ober-Rechnungs-Kammer angestellten Geheimen Rechnungs-Revisor, Rechnungs-Rath Reuter, bei der auf sein Ansuchen erfolgten Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Geheimer Rechnungs-Rath verliehen; die Kreisrichter Böttger in Landsberg a. W., Stubenrauch in Woldenberg, Zierenberg in Lübben, Callmeyer in Frankfurt a. O., Raabe in Sonnenburg, Mehls in Cottbus, Zernin in Bütow, Schmeißer in Cöslin, Leopold in Colberg und Schulze in Cöslin zu Kreisgerichts-Räthen ernannt; den Rechtsanwalten und Notaren Henschel in Neustettin und von Wilmowski in Schlawe den Charakter als Justiz-Rath, sowie den Kreisgerichts-Secretären Marquard in Cöslin, Kanzlei-Director Rahn in Belgard und dem Kreisgerichts-Secretär, Kanzlei-Director Weizmann zu Friedeberg N. M. den Charakter als Kanzlei-Rath verliehen.

Der Baumeister Rintelen zu Elberfeld ist zum königlichen Eisenbahn-Baumeister ernannt und als solcher bei der Bergisch-Märkischen Eisenbahn angestellt worden. Am Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in Posen ist der ordentliche Lehrer Dr. Heidrich zum Oberlehrer befördert worden.

Berlin, 30. März. [Se. Majestät der König] hielten heute die Kirchen-Parade über die in Berlin garnisonirende Garde-Infanterie ab, nahmen alsdann die Meldungen vieler Offiziere und später den Vortrag des Militär-Cabinets, des General-Majors von Podbielski und des Oberst-Lieutenants von Hartmann entgegen.

[Bei den königlichen Majestäten] fand gestern im Palais ein Familien-Diner statt, nach welchem sich Se. königliche Hoheit der Großherzog von Baden und der Erbprinz und die Erbprinzessin von Hohenzollern, Infantin von Portugal, verabschiedeten. Se. königliche Hoheit der Großherzog von Sachsen war bereits am Morgen abgereist. — Ihre königl. Hoheit die Großherzogin von Baden ist in das Palais ihrer königl. Eltern gezogen. — Ihre Majestät die Königin wohnte gestern mit Sr. Majestät dem Könige und den Gästen des königlichen Hofes der Vorstellung zum Besten des Pensionsfonds der Berliner Feuerwehr bei. — Heute fand nach der Parade ein militärisches Dejeuner im königlichen Palais statt. — Den Dienst für die nächsten 4 Monate übernehmen am 1. April die Hofdamen Gräfin Brandenburg und Gräfin Dohna. Den Kammerherrendienst vom 1. bis 15. April übernehmen die königlichen Kammerherren Graf Hohenthal und Freiherr von Kerkering.

[Se. königliche Hoheit der Kronprinz] empfing gestern die Meldungen von 55 früher hannoverschen Offizieren. Se. königliche Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin stattete einen Besuch im kronprinzlichen Palais ab, und fand daselbst um 5 Uhr ein Diner von 34 Couverts statt, zu welchem die hier anwesenden preußischen Fürsten mit ihren Gemahlinnen, die Präsidenten des Reichstages und andere hochgestellte Personen Einladungen erhalten hatten.

Se. königliche Hoheit der Kronprinz geleitete Se. königliche Hoheit den Großherzog von Baden bei Höchstdessen Abreise auf den Anhaltischen Bahnhof, erschien mit Ihrer königlichen Hoheit der Kronprinzessin im Schauspielhause und dann zum Thee bei Ihren königlichen Majestäten. (St.-A.)

[Sr. Maj. dem Könige] ist es ärztlich empfohlen worden, sich nicht, wie in letzterer Zeit, so großer Anstrengungen zu unterziehen, sondern mehr zu schonen.

[Die Vermählung der Prinzessin Marie von Hohenzollern mit dem Grafen von Flandern,] welche in der ersten Hälfte des April hier vollzogen wird, soll, wie man uns mittheilt, ziemlich einfach gefeiert werden, da die hohe Braut noch in Trauer um ihren bei Königgrätz gefallenen Bruder Anton ist. Die Trauung findet in der Michaeliskirche in der Annenstraße statt und ist nach derselben großes Dejeuner bei Ihren Majestäten. Am zweiten Tage ist bei J. M. der Königin Schleppencour und nach derselben Familientafel, Abends die Abreise der Neuvermählten. Die Marschallstafel wird im kgl. Schlosse sein. Auf eine Gala-Oper hat das Brautpaar Verzicht geleistet.

[Die badischen Herrschaften] werden noch einige Zeit zum Besuche hier verweilen. Wahrscheinlich wird J. M. die Königin mit ihnen die Reise nach Baden-Baden antreten, was schon in der zweiten Hälfte des April geschehen dürfte, jedoch nicht vor der belgischen Hochzeit. Man sieht S. M. den König mit seiner Tochter öfter durch die Straßen Berlins fahren und ihr die neuentstandenen Stadttheile zeigen.

[Die Dotation anlangend], soll General v. Steinmetz, der keine Kinder hat und dessen Erbin seine Nichte ist, einen Theil der Dotation zu einer militärischen Stiftung bestimmt haben.

[Die Reichstagsverhandlungen] werden in ununterbrochener Folge fortgesetzt werden, bis die Vorberathung beendet ist, und man hofft dies bis zum 17. d. M., d. h. dem Tage vor dem Gründonnerstag erreichen zu können und die Schlußberathung so zu fördern, daß bis zum 1. Mai wohl der Reichstag seine Geschäfte beendet haben wird.

In Kurzem sollen die gesammten Vertreter der Bundesregierungen

zusammentreten, um sich über die bisherigen Abänderungsbeschlüsse des Reichstages zu dem Verfassungs-Entwurf schlüssig zu machen. Es taucht auch wieder das Gerücht auf, daß die Bundesfürsten zum Schluß des Reichstages hierher kommen würden, ob mit mehr Grund als bisher, bleibt abzuwarten.

[Gegen die Abtretung Luxemburgs.] In den letzten Tagen sind an mehrere hervorragende Mitglieder des Reichstages Schreiben aus Luxemburg gelangt, welche von der Entrüstung der dortigen Bevölkerung gegen die Abtretung des Großherzogthums an Frankreich melden, und wenigstens eine Demonstration des Reichstages dagegen für wünschenswerth halten.

[Das Militärbudget im Reichstage.] Die Besorgniß, daß der Theil der Verfassungsberathung, welcher die Heeresfrage betrifft, zu lebhaften und langathmigen Debatten führen möchte, ist insofern unbegründet, als der Vermittelungsvorschlag, die Armee-Angelegenheit durch Bewilligung eines Pauschquantums für die nächsten Jahre vorläufig auszustreichen, unter den jetzigen Umständen Aussicht auf Erfolg hat.

[Engere Wahl.] Aus Stettin wird von gestern gemeldet: Bei der heute stattgehabten Nachwahl erhielten Consul Müller 2000, Prince-Smith 1271, Graf Itzenplitz 775 Stimmen. 8 Stimmen zersplitterten sich. Es ist eine engere Wahl zwischen Müller und Prince-Smith erforderlich.

[In Bezug auf die luxemburgische Angelegenheit] schreibt der „Amsterdam'sche Courant": Haag, 29. März: „Nachschrift: Wir erhielten aus guter Quelle die Bestätigung unseres Telegramms von gestern Nachmittag (aus Berlin), die Abtretung des Großherzogthums Luxemburg an Frankreich ist ein fait accompli. In Folge einer Mittheilung aus Paris, nach welcher der Kaiser die Bedingungen der Uebertragung angenommen, hat der Großherzog die mit Frankreich geschlossene Uebereinkunft der preußischen Regierung mitgetheilt. „Der neue „Amsterdam'sche Courant" zweifelt noch an der Wahrheit der Nachricht und meint, daß, wenn die Abtretung von Luxemburg wirklich Thatsache werden sollte, diese nur die Folge haben werde, die einheitliche Organisation von Deutschland zu beschleunigen. — Aus Paris wird der „Köln. Zeitung" unter selbigem Datum geschrieben: „Heute wird mir die gestern aus gut unterrichteter Quelle mitgetheilte Nachricht von der als beschlossen zu betrachtenden Einverleibung Luxemburgs in Frankreich bestätigt. Man ist mit Holland einig bis auf unbedeutende Einzelheiten, und Preußen scheint grundsätzlich seine Einwilligung gegeben zu haben, oder, richtiger gesagt, Preußen wird sich passiv verhalten. Ueber die Frage der Schleifung der Festungswerke wird noch verhandelt."

Königsberg, 29. März. [Verurtheilung.] Gestern verhandelte der Criminal-Senat des hiesigen ostpreußischen Tribunals in der Untersuchungs-Sache wider den Kaufmann Rudnicki aus Memel, welcher wegen Verleumdung des dortigen Landraths Dr. Schulz angeklagt, vom Kreisgericht in Memel aber freigesprochen wurde. R. wurde bezüchtigt, in einer notariellen Erklärung, die seiner Zeit im Abgeordnetenhause vorgelegt und bei der Prüfung der Giltigkeit der Wahl des Landraths Sch. als Abgeordneter besprochen wurde, unwahre Thatsachen behauptet zu haben. Auf die gegen das freisprechende Urtel seitens der Staatsanwaltschaft eingelegte Appellation resolvirte das ostpreußische Tribunal schon in einem früheren Termine auf Vernehmung von Zeugen, und als diese in dem gestrigen Termine erfolgt war, änderte dieser Gerichtshof das erste Urtel ab und verurtheilte den R. wegen Verleumdung, aber nicht öffentlicher, wie es die Staatsanwaltschaft wollte, die auf sechsmonatliche Gefängnißhaft zu erkennen beantragte, zu 3monatlicher Gefängnißhaft. (K. H. Z.)

Altona, 27. März. [300 Rekruten] aus den Herzogthümern werden am 1. April bei dem hier liegenden 2. Schlesischen Grenadier-Regiment Nr. 11 eingestellt werden. (H. N.)

Braunschweig, 28. März. [Interpellation.] In der heutigen Landesversammlung antwortete Geh. Rath Schulz auf die Interpellation wegen Aufhebung mehrerer auf Bundesbeschlüssen beruhender Gesetze, daß es der Regierung nicht räthlich erscheine, in dieser Sache schon jetzt vorzugehen. Der Verfassungsentwurf des norddeutschen Bundes enthalte in mehreren Paragraphen Hindeutungen auf Presse und Vereinswesen, und man müsse daher abwarten, welche Bestimmungen etwa über diese Fragen auf dem Berliner Reichstage gefaßt würden. Würde in dieser Hinsicht dort nichts beschlossen werden, so würde allerdings die herzogl. Landesregierung die Frage näher in Erwägung ziehen.

Kreuznach, 29. März. [Der kaiserliche Prinz.] Nach eingegangener zuverlässiger Mittheilung steht unserem Bade in dieser Saison wahrscheinlich der Besuch des französischen kaiserlichen Prinzen bevor. Es würde dies ein Beweis für das gute Einvernehmen zwischen Preußen und Frankreich sein.

Idstein, 26. März. [Verurtheilung.] Dem hiesigen Bürger Peter Christ ist durch das hiesige Amt folgendes Schreiben der königl. Regierung in Abschrift zugestellt worden:

„In Folge Euer Hochwohlg. Berichts vom 15. September v. J., die Verhaftung eines Idsteiner Bürgers durch den vormals nassauischen, jetzt pensionirten Major v. Hadeln betreffend, ist seiner Zeit dem k. Generalcommando zu Kassel eine entsprechende Mittheilung zugegangen. Gegenwärtig hat mich das letztere benachrichtigt, daß der Major a. D. v. Hadeln wegen widerrechtlicher Verhaftung einer Civilperson durch kriegsgerichtliches, mittelst allerhöchster Cabinetsordre vom 21. Febr. d. J. bestätigtes Erkenntniß vom 21. Januar d. J. zu 4 Wochen Quartier-Arrest verurtheilt worden ist. Indem ich Euer Hochwohlg. hiervon ergebenst in Kenntniß setze, veranlasse ich Sie, dem bei der Sache zunächst betheiligten Bürger eine geeignete Mittheilung zugehen zu lassen. Wiesbaden, den 7. März 1867. Der königl. Regierungspräsident. v. Diest." (Mittelrh. Z.)

Stuttgart, 26. März. [Die Stellung der sogen. Volkspartei zu dem preußisch-würtembergischen Bündnißvertrage] charakterisirt der „Beobachter" mit den Worten: „Die Volkspartei werde unerschüttert in der neuen Lage ausdauern. Sie werde den einer rechtlichen Grundlage entbehrenden, auch nicht unauflöslichen Vertrag von Stellung zu Stellung bekämpfen." — Da die von den Ereignissen gänzlich überholte würtembergische Demokratie schon seit einiger Zeit numerisch stark im Zusammenschmelzen begriffen ist, so hat es mit dieser Ankündigung einer Urfehde wohl nicht gerade sehr viel auf sich. Nebenbei widmet der „Beobachter" Herrn v. Varnbüler seinen ganzen Zorn. Er findet, daß ein Volk, welches sich das bieten lasse, was dieser Minister den Schwaben zugemuthet habe, „sein 1789 noch zu machen habe" und hofft, daß die Kammermajorität wisse „was ihre Würde diesem Manne gegenüber erfordere." Das sehr verbreitete „Neue Tagblatt" ist den Verträgen zufrieden, aber nur, wenn dieselben nicht benutzt würden, um die verhaßte dreijährige Präsenzzeit zu erzwingen. Das ultramontane „Volksblatt" findet in dem Verschwinden der deutschen Kleinmächte das Walten der ewigen Gerechtigkeit. Dieselben hätten sich aus den Trümmern des gewaltigen Reiches Reichlein gebaut und sie zusammengekittet mit geraubtem Kirchengut. Nun seien diese Reichlein nahezu verschwunden. Dem entschiedenen Organ der Anschlußpartei, der „S.-V.-Z.", thut der Vertrag nicht genug. Das Verhältniß zu Norddeutschland sei ein durchaus unfertiges und es sei sehr zu fürchten, daß der Vertrag, wie ihn die Noth des Augenblicks geschaffen, so auch durch die „Gunst" eines Augenblicks wieder zerrissen werden könnte. Jedenfalls sei nunmehr ein einheitliches Vorgehen bei der Reorganisation und Neubewaffnung der deutschen Armeen mehr wie je nothwendig.

Luxemburg, 25. März. [Die Haupt-Industriellen des Landes] haben sich heute, Montag, im „Kölnischen Hofe" versammelt, um über unsere jetzige politische Situation zu berathen; es wurde, wie wir vernehmen, ein Comite ernannt, welches mit der Wahrung der Interessen ihrer Committenten beauftragt worden ist. Das Comite besteht u. A. aus den Herren N. Metz, Moserus, E. Siemons, Collart, Godchaux. Die Industriellen des Luxemburger Landes erblicken in dem Anschlusse an Frankreich den entschiedenen Rückgang ihrer Etablissements, da nicht Frankreich, sondern Deutschland ihr gesichertes Absatzgebiet geworden. Augenblicklich ist die Stimmung im Luxemburgischen äußerst gedrückt; Journale und öffentliche Gesellschaften sind in ihren Aeußerungen zurückhaltend, selbst der Bürger scheut, seine Meinung zu bekunden. (K. Z.)

Oesterreich.

φ **Aus West-Galizien**, 28. März. [Herr v. Beust und die polnische Nationalpartei. — Zur ruthenischen Agitation. — Exceß in Magierów.]. Es werden nachträglich noch immer mehr Einzelnheiten über die Motive bekannt, welche den jüngsten galizischen Landtag zur Verzichtleistung auf die beantragte, nichts weniger als regierungsfreundliche Adresse und zur Beschickung des in Aussicht gestellten Reichsraths veranlaßt. Man hat nämlich inzwischen in Lemberg und Krakau durch eine gute Wiener Quelle in Erfahrung gebracht, daß Herr v. Beust durch unsern Statthalter Graf Goluchowski einige einflußreiche, aber auch ziemlich leichtgläubige Landtagsmitglieder durch das Versprechen zu ködern gewußt, „im österreichischen Ministerium des Auswärtigen werde im Hinblick auf die schwierigen Verhältnisse mit Rußland sehr eifrig die polnische Frage studirt". Eine andere Version versichert sogar, Herr v. Beust habe durch Goluchowski im vertraulichen Wege in Lemberg erklären lassen, „Oesterreich werde mit den Westmächten sofort die polnische Frage in die Hand nehmen, falls Rußland mit der ruthenischen hervortrete", eine Angabe, mit welcher auch gewisse Aeußerungen des Krakauer „Czas" übereinstimmen. „Graf Goluchowski, heißt es weiter, habe aber an dieses politische Versprechen Beust's die Bedingung geknüpft, der galizische Landtag möge der gegenwärtigen Wiener Regierung keine Schwierigkeiten in den Weg legen, auf die Landtagsadresse verzichten, das Bündniß mit den Czechen lösen und den Reichstag beschicken." Die Intrigue hatte augenblicklich zwar Erfolg, aber allmälig begann man doch die ganze diplomatische Spiegelfechterei zu durchschauen und der Groll der polnischen Nationalpartei kehrte sich in erster Linie gegen den Grafen Goluchowski, dessen Popularität gegenwärtig völlig gesunken. Die jüngsten Verfolgungen mehrerer in Galizien bisher ansäßiger polnischer Flüchtlinge, worüber ich Ihnen in einem meiner letzten Briefe geschrieben, haben unsere Nationalpartei noch mehr erbittert, und so haben denn unsere Landtags-Abgeordneten vor einigen Tagen einstimmig beschlossen, nur mit einem Protest in den Reichsrath zu treten, dort die Hauptpunkte der vom Landtage verworfenen Adresse zu wiederholen und gleichzeitig mit der Erklärung aus dem Reichsrath zu treten, daß die galizischen Abgeordneten dort nicht eher erscheinen werden, bis die Regierung den autonomen Forderungen Galiziens vollständig entsprochen. Diesen Entschluß, welcher den ganzen diplomatischen Coup Beust's und Goluchowski's durchkreuzt, meldet auch heute im telegraphischen Auszuge das czechische Parteijournal „Narodni Listy" und knüpft daran weitere, der czechisch-galizischen Opposition günstige Betrachtungen. — Die ruthenischen Parteiführer sind in letzterer Zeit ziemlich kleinlaut geworden, weil das scharfe Auftreten der Regierung gegen den im russischen Solde stehenden Hauptagitator Ex-Professor Glowacki die Anhänger des Moskowitismus wohl zur Vorsicht mahnt. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß von den Ruthenen nicht im Geheimen gewühlt wird, welche durch ihre Beziehungen jenseits der Grenze der österreichischen Regierung noch arge Verlegenheiten bereiten können. — Zu Magierów, Zolkiewer Kreis, ist im Laufe dieser Tage der ruthenische Pfarrer Basilius Jasinski von Bauern seiner Gemeinde halbtodt geschlagen worden, weil er unter den Landleuten durch seine russenfreundliche Gesinnung sich verhaßt gemacht.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 1. April. [Polizeiliches.] In dem Amtslocale des 10. Polizei-Commissariats, Gartenstraße 23g — liegen eine bedeutende Quantität gestohlene messingene Thürschloßbeschläge, Schloßdeckel, Kapseln, Stangen und Eicheln von Klingelzügen 2c. — zur Ansicht aus. Die betreffenden Eigenthümer, insbesondere die Bewohner der Klosterstraße, werden ersucht, sich die in Beschlag genommenen Gegenstände anzusehen und solche event. in Empfang zu nehmen.

Gestohlen wurden: Auf dem OS. Bahnhofe aus einem verschlossenen Eisenbahn-Wagen resp. aus einem darin verwahrten Korbe 300 Stück Cigarren und aus einer Kiste 5 bis 6 Päckchen Tabak; Lehmdamm Nr. 9 ein roth- und weißgestreifter Deckbett-Ueberzug, ein dergl. Kopfkissen-Ueberzug, 1 weißleinenes Frauenhemde und 1 weißes Halstuch; Messergasse 14 ein Kopfkissen mit braun- und weißgestreiftem Ueberzug und blau- und weißgestreiftem Inlett, 1 Ueberzug roth- und weißcarrirte Bettzüchen, 1 brauner wollener Frauen-Oberrock, 1 Frauenjacke von schwarzwollenem Stoff, 1 weißer Unterrock, 1 rother Damen-Shawl, 2 Schürzen, eine weiß- und roth-, die andere braun- und weißgestreift, und ein weißes Taschentuch.

Verloren wurde: eine weiße Bettdecke von Doppel-Piquee und 1 schwarzes Portemonnaie mit 9 Thlr. 20 Sgr. Inhalt. (Frd.-Bl.)

H. **Hainau**, 29. März. [Communales.] Die Vorarbeiten zu unserer Gasanstalt schreiten rüstig fort, und ist diese unweit des Bahnhofes in unmittelbarer Nähe der Hainau-Kotzenauer Straße und städtischen Ziegelei angelegt worden. Auch die Arbeiten zur Erweiterung und Chaussirung unserer Gartenstraße, in der seit Jahren auch unser Postamt sich befindet, nehmen trotz der öftern Störungen durch Witterungsverhältnisse erfreulichen Fortgang, und dürften der vollendete Bau und die damit Hand in Hand gehenden neuen geregelten Anlagen statt des früheren übelriechenden Grabens wohl die Urtheile der Gegner berichtigen und verstummen lassen. — Ebenso ist in Aussicht genommen, an derselben Seite (Nordseite) der Stadt einen ebenfalls noch vorhandenen, die Luft verpestenden und die Passage erschwerenden Graben zu beseitigen, wodurch dann gleichzeitig eine, die Stadt allseitig umgebende, Promenade hergerichtet und dieser stets sehr stiefmütterlich behandelte Theil unserer Umgebung nicht allein freundlicher, sondern auch gesunder würde. — Unsere Behörden widmen gegenwärtig der Hebung unserer evangel. Schule ihre besondere Aufmerksamkeit, und heißen wir dieses Streben sehr willkommen, da nichts Gutes zu spät kommt. Ueber das Wie? der Ausführung herrschen divergirende Ansichten und ist nur zu wünschen, daß die richtigen zur Geltung gelangen mögen. Darüber also später. — Es verdient Anerkennung, daß die Stadtverordneten-Versammlung in letzter Sitzung einem Lehrer, der eine höhere Miethsentschädigung nachgesucht, eine Remuneration von 15 Thlrn. zugewiesen hat. Bei der Fürsorge für unser inneres und äußeres Schulwesen, die in ihrer Allgemeinheit nur anzuerkennen ist, muß es um so mehr befremden, daß nicht ebenfalls aus der Stadtverordneten-Versammlung Stimmen laut werden, welche endlich und entschieden die Errichtung einer seit Jahren projectirten Fortbildungsschule für Lehrlinge und die Einführung des Turnunterrichts in den hiesigen Schulen beantragen und durchsetzen, da ersterer hier seit 1846 nicht mehr betrieben wird, derselbe aber doch laut Ministerial-Rescript vom 4. Juni 1862 einen integrirenden Theil des Volksschul-Unterrichts für die männliche Jugend bilden soll, und seitens dieser obersten Schulenbehörde auch ein hierauf bezüglicher „Leitfaden für den T.-U. in den preuß. Volksschulen" hergerichtet worden ist. — Im Laufe des Jahres wird durch das hiesige evangelische Lehrer-Collegium am Orte auch eine „Präparanden-Vorbereitungs-Anstalt" errichtet werden, ähnlich der zu Freistadt bestehenden, zu welchem Zwecke darauf bezügliche Correspondenzen eröffnet worden sind.

Aus dem Riesengebirge, 29. März. [Verschiedenes.] Vor nette einem Jahre wurde behauptet, der in Angriff genommene Bau einer Chaussee von Warmbrunn bis Bahnhof Reibnitz werde in drei Monaten beendet sein. Wir stellten sofort und unter Angabe der Gründe die Möglichkeit in Abrede, indem wir meinten, von Glück sagen zu können, wenn der Bau zum Herbst vollendet sein werde. Leider ging auch unsere Hoffnung oder Prophezeiung ebenso wenig in Erfüllung wie die aller anderen modernen Propheten, selbst mit Einschluß der Wetterhähne. Der Bau genannter Chaussee ist auch heute noch nicht beendet und das Versinken der Wagen und Fußgänger auch heute noch an der Tagesordnung. — Dagegen hat der Kreis auf die Bekanntmachung derjenigen Kreisbewohner, welchen „in Anerkennung der während des vorjährigen Feldzuges um die Pflege verwundeter oder erkrankter Krieger erworbenen Verdienste" Orden zu Theil geworden, nicht warten dürfen. Die letzte Nummer des Kreisblattes brachte die Namen, darunter selbstverständlich auch den des factischen Redacteurs und Herausgebers genannten Blattes selbst, dem „das Johanniter-Kreuz zum rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife" verliehen worden. Wir schwärmen zwar nicht für dergleichen „Auszeichnungen", aber constatiren müssen wir das Bedauern, das sich an nicht wenigen Orten des Kreises darüber kundgiebt, daß so viele Personen leer ausgegangen, welche sich um die Pflege verwundeter oder erkrankter Krieger recht viel, mindestens eben so große Verdienste wie die Mehrzahl der Decorirten, erworben haben. — Die in Heft XII. Seite 716 der vorjährigen „Schlesischen Provinzialblätter" befindliche Angabe von der Zertrümmerung der auf der Feldmark Schreiberhau befindlichen „Zuckerschale", einem auf seiner Spitze ruhenden, auf 4 Zoll beweglichen Wackelstein mit Sitz und Opferkesseln, hat sich in keiner Weise bestätigt. Ich habe mich vorgestern selbst überzeugt, daß dieser merkwürdige Felsen noch in allen seinen Theilen unversehrt erhalten ist. Dagegen haben die vielen Neubauten der letztvergangenen Jahre, namentlich der Gebirgsbahn, in der That die Zerstörung einer großen Anzahl merkwürdiger Felsgebilde und Opfersteine in fast allen Theilen des niederen Gebirges veranlaßt. Und da jetzt die Eisenbahn auch in weite Ferne außerordentlich viele Granit-Würfel und Platten entführt, die Steinspalterei also zu immer größerer Rücksichtslosigkeit verleitet wird, dürfte wohl endlich die schon einmal angeregte Gründung eines Vereins an der Zeit sein, der sich die Erhaltung der noch übrig gebliebenen, an Zahl leider nur noch sehr wenigen Alterthümer 2c. zur Aufgabe macht.

✉ **Trebnitz**, 29. März. [Zur Tageschronik.] Nach dem von dem Magistrate hierselbst veröffentlichten Bericht über die Ergebnisse der Verwaltung der hiesigen Sparkasse im Jahre 1866 verblieb Ende Dezember 1865 an Einlagen und zugehörigen Zinsen ein Bestand von 155,139 Thlr. 24 Sgr. 9 Pf., zugetreten waren im Jahre 1866 a. an Einlagen 38,516 Thlr. 3 Sgr. 4 Pf., b. an Zinsen 6365 Thlr. 26 Sgr. 3 Pf., ergiebt 200,221 Thlr. 24 Sgr. 4 Pf. Dagegen wurden in demselben Jahre an Einlagen und Zinsen ausgezahlt 47,161 Thlr. 22 Sgr. 10 Pf. und blieben am Schlusse des Jahres 1866 Bestand 153,060 Thlr. 1 Sgr. 6 Pf. An Activ-Capitalien waren Ende Dezember 1866 vorhanden überhaupt 167,551 Thlr. 13 Sgr. 5 Pf. An Zinsresten standen aus 201 Thlr. 2 Sgr. 5 Pf. Baar waren vorhanden 4809 Thlr. 13 Sgr. 11 Pf. Der Gesammt-Bestand der Sparkasse am Schlusse des Jahres 1866 betrug demnach 172,561 Thlr. 29 Sgr. 9 Pf., wovon 19,501 Thlr. 28 Sgr. 3 Pf. zum Reservefond gehören. Während im vorigen Jahre in den 3 Monaten Mai, Juni und Juli überhaupt nur 4334 Thlr. an Einlagen eingingen, mußten in derselben Zeit 15,677 Thlr. zurückgezahlt werden, durch welchen Umstand jedoch die geregelte Führung der Sparkasse nicht die geringste Störung erlitt, vielmehr von Neuem bestätigte, daß die hiesige Sparkasse unausgesetzt des festen Vertrauens sich erfreut. — Am 27. d. M. wurde gegen Mittag in dem Teiche auf dem hiesigen Klosterplatze der Leichnam eines neugeborenen, völlig ausgetragenen Kindes weiblichen Geschlechts aufgefunden, welches vielleicht erst am frühen Morgen dorthin gebracht worden war. Die Thäterin ist noch nicht ermittelt. Nach dem Befunde der gestern vorgenommenen Section hat das Kind bei seiner Geburt gelebt.

△ **Brieg**, 29. März. [Straßen-Bereinigung. — Epidemie. — Gehalts-Erhöhung.] Die schon mehrfach erwähnte Straßen-Bereinigungs-Angelegenheit der inneren Stadt hat neuerdings die Aufmerksamkeit der städtischen Behörden in eingehendster Weise auf sich gelenkt. Mit Ende dieses Monats laufen nämlich bereits die Verträge, welche eine Anzahl Hausbesitzer mit der Commune behufs der Straßen-Bereinigung geschlossen hat, ab. Daher hatte die Stadtverordneten-Versammlung in ihrer letzten Sitzung beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, im Wege der städtischen Verwaltung die Bereinigung aller Straßen und Rinnsteine der inneren Stadt an den polizeilich zu bestimmenden Kehrtagen, sowie das Aufeisen während des Winters überhaupt auf ein Jahr und zwar vom 1. April 1867 bis ult. März 1868 vornehmen zu lassen. Dafür sollte von jedem Hausbesitzer eine Entschädigung von 1 Sgr. für den laufenden Fuß des anliegenden Grundstückes unter Vorbehalt der Rechte beider Theile zu erlegen und außerdem jeder Hausbesitzer verpflichtet sein, für tägliche Reinigung der Bürgersteige und Rinnsteine Sorge zu tragen. Wenn gleich dadurch auch nur ein gewisses Interimisticum geschaffen werden sollte, während dessen man die gewonnenen Erfahrungen als Basis zu späteren definitiven Einrichtungen sammeln wollte, so lehnte Magistrat es doch ab auf Grund obigen Antrages mit den hiesigen Hausbesitzern Verträge abzuschließen. Infolgedessen trat die städtische Central-Commission nochmals zu einer eingehenden Berathung über diesen Gegenstand zusammen, und die Resultate derselben veranlaßten die Stadtverordneten-Versammlung in ihrer heutigen Sitzung zu dem Beschluß: den Magistrat nochmals zu ersuchen, die Bereinigung des Fahrdammes der Straßen der inneren Stadt auf die Zeit vom 1. Juli bis ult. Dezember dieses Jahres aus Communalmitteln zu veranlassen, wogegen von den Hausbesitzern die tägliche Reinigung des Bürgersteiges und Rinnsteines übernommen, der aufgekehrte Schmutz aber täglich durch einen städtischen Marstallwagen abgefahren werden solle. Durch dieses Verfahren hoffte die Versammlung nicht blos die möglichste Sauberkeit der Straßen zu erreichen, sondern auch annähernd eine Norm zu erlangen, wie hoch sich diese Straßenbereinigung pro Jahr für die Stadtkasse belaufen würde. — Nebenbei kann ich nicht unbemerkt lassen, daß hier in gewissen Kreisen eine Art Epidemie ausgebrochen ist. Von den 23 städtischen Lehrern haben nämlich 7 der jüngeren sich um andere Posten, zum Theil nach außen, beworben, und werden wir binnen Kurzem den Verlust einiger recht tüchtiger Kräfte zu beklagen haben, da bereits 2 derselben ihnen angenehme Berufungen erhielten, andere noch in naher Aussicht stehen. Werden die älteren hiesigen Lehrer ob ihres vorgeschrittenen Alters von dieser Epidemie auch nicht mit ergriffen, so können die nachtheiligen Folgen dieser Krankheit für unsere Schulen leider dennoch nicht ausbleiben. Nur ein gewisser „Extract", von den richtigen Aerzten verordnet, könnte hier wohl heilsamer als der Hoff'sche wirken. — Die Boten des hiesigen königl. Kreisgerichts haben vor Kurzem namhafte Gehaltsaufbesserungen erhalten und war für die Betreffenden der Tag der Publication dieser Verbesserungen ein echter Freudentag.

□ **Aus Oberschlesien**, 28. März. [Waldbrand.] Den 26. März gerieth in den Forsten des Fürsten von Pleß bei der Colonie Emanuelsegen eine zehnjährige Schonung in Brand. Ein Klafterschläger hatte sich zur Bereitung seines Mittagsmahles ein Feuer angelegt, welches, nicht genügend bewacht, das trockene Gras und bald auch das Nadelholz der Schonung anzündete. Durch Südwestwind begünstigt, gewann das Feuer binnen Kurzem eine bedeutende Dimension und wäre auch dem nahen Hochwalde gefährlich geworden, wenn nicht die Bergleute der Emanuelssegener Grube in großer Zahl herbeigeeilt wären und unter guter Leitung dem wüthend um sich greifenden Element eine Grenze geboten hätten. Dennoch sind an 100 Morgen gänzlich verwüstet.

---

8 **Groß-Stein bei Gogolin**, 28. März. [Post. — Schulwesen.] Schon einmal haben wir in dieser Zeitung auf die Nothwendigkeit einer Post-Expedition in Groß-Stein hingewiesen, bis jetzt wurde aber, außer der Localbesichtigung, von der königlichen Ober-Post-Direction zu Oppeln, nichts weiter gethan. Referent erlaubt sich, da man in Stubendorf auch Klagen über Verspätung der Briefe hört, darauf aufmerksam zu machen, daß eine Postverbindung von Gogolin über Groß-Stein nach Stubendorf für die betreffenden Ortschaften von großem Vortheile wäre. — Wo man die Lehrer ehrt und die Achtung vor ihrem Berufe durch Thaten beweist, daß sie ihr Werk, die Heranbildung der Jugend, mit Freuden und nicht mit Seufzen betreiben: da ehren die Einwohnerschaft und deren Vertreter sich selbst. So erfreut sich auch der hiesige Lehrer einer anständigen Amtswohnung. Die Entstehung des schönen Schulgebäudes haben wir dem um das Schulwesen verdienten Herrn Director Swoboda größtentheils zu verdanken. Director Herr Swoboda in Stubendorf — Vertreter der Herrschaft — hat mehrere neue Schulen während seiner Amtirung gegründet und den neu angestellten Lehrern, wo sichs nur thun ließ, verschiedene Vortheile gewährt. Möge dafür die heranwachsende Jugend später dankbar sein.

Breslau, 1. April. [Wasserstand.] O.-P. 17 F. 4 Z. U.-P. 4 F. 4 Z.

Goldberg, 30. März. [Jahres-Bericht des Bürger-Unterstützungs-Instituts.] In dem abgelaufenen Verwaltungsjahre vom 15. Dezbr. 1865 bis 15. Dezbr. 1866 sind 78 hiesige Bürger unterstützt worden. In dem 20jährigen Zeitraum des Bestehens wurden 1229 hiesige Bürger mit einem Capitale von 13,671 Thlr. unterstützt. Das eigentliche Vermögen des Instituts besteht in 920 Thlr. 19 Sgr. 6 Pf. und betrug im letzten Verwaltungsjahre die Einnahme 132 Thlr. 6 Pf., die Ausgabe 13 Thlr. 15 Sgr. 6 Pf. Plus 118 Thlr. 15 Sgr. Hierzu das Vermögen des Instituts 802 Thlr. 4 Sgr. 6 Pf. Summa 920 Thlr. 19 Sgr. 6 Pf. (Fama.)

⊠ **Gleiwitz**, 29. März. [Philomathie.] Gestern Abend fand die monatliche statutenmäßige Versammlung der Mitglieder der Philomathie statt; der Secretär, Herr Gerichtsrath Dr. Weiner, eröffnete dieselbe und berichtete über das Geschäftliche. Den wissenschaftlichen Vortrag hielt Hr. Apotheker Dr. Potyka „über die Grundstoffe" und begleitete seinen Vortrag mit recht schönen Experimenten. Der Verein zählt jetzt 52 Mitglieder. Die Versammelten unterhielten sich bis spät mit wissenschaftlichen Gesprächen.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 30. März 10 U. Ab.	329,66	+5,0	S. 1.	Heiter.
31. März 6 U. Mrg.	329,46	+5,4	S. 1.	Trübe.
2 U. Nachm.	329,53	+9,4	S. 2.	Wolkig.
10 U. Abds.	331,94	+3,8	SW. 1.	Trübe.
1. April 6 U. Mrg.	333,26	+1,8	NW. 2.	Bedeckt.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Leipzig, 31. März. Eine Versammlung der „freisinnig-deutschen Partei" hat beschlossen, an die nationale Partei im Reichstage das Ersuchen zu richten, einen raschen Abschluß der Verfassungsberathung zu erwirken, damit die Regierung in der luxemburgischen Frage freie Hand gewinnen möge.

Luxemburg, 30. März. Es sind hier zahlreiche Placate mit „vive Napoleon" und „vive la France" verbreitet worden, welche zugleich zur Gewaltthat gegen Preußen auffordern und das hier garnisonirende, aus Nassauern bestehende Regiment zur Auflehnung aufzustacheln suchten. Wie man hört, hat dies den Gouverneur zu ernsten Eröffnungen gegen die großherzoglichen Behörden veranlaßt.

Bukarest, 30. März. Prinz Friedrich von Hohenzollern hat heute Bukarest verlassen, um nach Deutschland zurückzukehren. Fürst Carl begleitete ihn bis Turn-Severin.

London, 31. März. Der Congreß hat beschlossen, sich bis zum nächsten Dezember zu vertagen. Das Justiz-Comite wird jedoch am 3. Juli zusammentreten, um über die Anklage gegen den Präsidenten Bericht zu erstatten.

Paris, 31. März. D r heutige „Moniteur" erklärt, daß der Artikel des „Pays" die Gedanken der Regierung nicht ausspreche und nur der politischen Meinung des „Pays" Ausdruck gebe.

In Bezug auf einen das Paßcontrolenwesen berührenden Artikel der „Times" sagt der „Moniteur": Für Fremde, die aus Ländern kommen, in denen mit Frankreich Reciprocität herrscht, genügt zu einer Reise nach Paris ein Document, das die Identität der Person feststellt.

Madrid, 30. März. In einer Versammlung der ministeriellen Abgeordneten haben sich über 200 entschlossen erklärt, die Regierung bei der Aufrechterhaltung der von ihr bis jetzt befolgten Grundsätze auch weiterhin zu unterstützen. Die Candidatur des Hrn. Belda für die Präsidentschaft ist angenommen worden. — Eine im Senat für die Regierung gehaltene Rede des Marquis Miraflores hat eine sehr günstige Aufnahme gefunden.

Petersburg, 31. März. Die „Nordische Post" dementirt in einem anscheinend öfficiösen Artikel die Nachricht, daß Differenzen zwischen Frankreich und Rußland die Uebergabe der Collectivnote an die Pforte, betreffend die Abtretung von Candia, verhindert haben.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

Paris, 30. März, Nachm. 3 Uhr. Die Börse war wenig belebt, die Haltung aber fest. Die 3proc. hob sich von 69, 90 schließlich auf 69, 30. Consols von Mittags 1 Uhr waren 91⅝ gemeldet. Schluß-Course. 3proc. Rente 69, 30. Italien. 5proc. Rente 54, 30. 3proc. Spanier —, —. 1proc. Spanier — —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Actien 411, 25. Credit-Mobil.-Actien 450, —. Lombard. Eisenbahn-Actien 417, 50. Oesterr. Anleihe von 1865 pr. cpt. 328, 75. 6proc. Ver. St.-Anl. von 1882 (ungest.) 85.

London, 30. März, Nachm. 4 Uhr. — Schluß-Course: Consols 91⅛. 1% Spanier 31½. Italien. 5proc. Rente 53⁹⁄₁₆. Lombarden 16⅛. Mexicaner 17. 5proc. Russen 87½. Neue Russen 88. Russ. Prämien-Anleihe von 1864 —. Russ. Prämien-Anleihe von 1866 —. Silber 61⅛. Türkische Anleihe 1865 29¾. 6proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 75⅛. — Schönes Wetter.

* Der Hamburger Dampfer „Teutonia" ist aus Newyork in Southampton eingetroffen.

London, 31. März, Morgens. Aus Newyork vom 30. d. Mts. Abends wird pr. atlantisches Kabel gemeldet: Wechselcours auf London in Gold 109. Gold-Agio 34. Bonds 109½. Illinois 115¾. Eriebahn 58¾. Baumwolle 30½. Raffinirtes Petroleum 27.

London, 31. März, Morgens. Aus New-York vom 30. d. M. Abends wird pr. atlantisches Kabel gemeldet: Wechselcours auf London in Gold 109, Goldagio 34, Bonds 109½, Illinois 115¾, Eriebahn 58¾, Baumwolle 30½. Raffinirtes Petroleum 27.

Frankfurt a. M., 30. März, Nachmittag 2 Uhr 30 Min. Schluß-Course: Preußische Kassenscheine 105⅛. Berliner Wechsel 105⅛ B. Hamburger Wechsel 88⅜. Londoner Wechsel 119⅜. Pariser Wechsel 94⅝. Wiener Wechsel 91¾. Finnländ. Anleihe 83¾ B. Neue Finnl. 4½% Pfandbriefe 83¾. 6% Verein. Staaten-Anl. pro 1882 78⅜. Oesterr. Bankantheile 674. Oesterr. Credit-Actien 169. Darmstädter Bankactien 206 B. Meininger Credit-Actien —. Oesterr.-Franz.-Staats-Eisenbahn-Actien —. Oesterr. Elisabetbahn 109 B. Böhmische Westbahn —. Rhein-Nahebahn —. Ludwigshafen-Berbach 154. Hessische Ludwigsbahn 132¾. Darmst. Zettelbank —. Oesterr. 5% steuerfr. Anl. 48⅛. 1854er Loose 59. 1860er Loose 67⅛. 1864er Loose 73½. Badische Loose 53½. Kurhessische Loose 55⅜ B. 5% österr. Anleihe von 1859 62. Oesterr. Nat.-Anl. 53½ B. 5% Metalliques 44¾. 4½% Metalliques 39¼. Baiersche Prämien-Anleihe —. Oesterreichische Effecten matt und sehr stille, Amerikaner lebhafter und sehr fest.

Frankfurt a. M., 31. März. Effecten-Societät. Flau. Credit-Actien 167¾, 1860er Loose 67⅛, steuerfreie Anleihe 48.

Wien, 30. März. [Abend-Börse.] Credit-Actien 185, 10. Nordbahn 162, 50. 1860er Loose 86, 50. 1864er Loose 79, 70. Staatsbahn 210, 90. Galizier —, —. Czernowitzer —, —. Anglo-Austrian-Bank —, —. Rudolphsbahn —. —. Steuerfreies Anlehen —, —. — Etwas schwankend.

Wien, 31. März. [Privatverkehr.] Credit-Actien 184, 70, Staatsbahn 212, 70, 1860er Loose 86, 40, 1864er Loose 79, 50, Galizier 220, 00, steuerfr. Anlehen 61, 90, Czernowitzer 186, 75, Angloaustrian Bank 96, 75, Napoleonsd'or 10, 31.

Hamburg, 30. März, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Oesterr. Effecten flau. Amerikaner behauptet. Valuten angeboten. Silberversendungen. Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 90. — Schluß-Course: National-Anleihe 54⅛. Oesterr. Credit-Actien 71⅜. Oesterr. 1860er Loose 67. Mexicaner — —. Vereinsbank 109⅞. Norddeutsche Bank 119¾. Rheinische Bahn 117. Nordbahn 91⅝. Altona-Kiel —. Finnländische Anleihe —. 1864er Russ. Prämien-Anl. 86¾. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 83. 6proc. Verein. Staaten-Anl. pr. 1882 71⅛. Disconto 1¾ pCt.

Hamburg, 30. März. [Getreidemarkt.] Weizen loco flau und billiger, auf Termine schwächer. Pr. März 5400 Pfd. netto 153 Bancothaler Br., 151 Gld., pr. Frühjahr 144 Br. u. Gld. Roggen loco fest, pr. März 5000 Pfd. Brutto 96 Br., 94 Gld., pr. Frühjahr 91 Br., 90 Gld. Hafer matt. Oel fester, loco 24⅝, pr. Mai 24⅝, pr. Octbr. 25⅝. Spiritus geschäftslos, 24¼. Kaffee und Zink ohne Umsatz. — Regen.

Liverpool, 30. März, Mittags. Baumwolle: 8000 Ballen Umsatz. Fest. Middling Amerikanische 13⅛, middling Orleans 13½, fair Dhollerah 11⅜, good middling fair Dhollerah 10⅞, middling Dhollerah 10⅛, Bengal 8¼, good fair Bengal 9, Scinde — —, Domra 11⅜, Pernam 14½, Egyptische 16.

Paris, 30. März, Nachmittag 3½ Uhr. Rüböl pr. März 93, 00, pr. Mai-August 94, 00. pr. September-Dezember 94, 00. Mehl pr. März 71, 25, pr. Mai-Juni 72, 75. Spiritus pr. März 64, 00.

Antwerpen, 30. März. Petroleum, raffin. Type, weiß, weichend, 45 Francs per 100 Ko.

E. St. C. **Berlin**, 29. März. [Das Lebensversicherungswesen.] Das erste Vierteljahrsheft der „Zeitschrift des königl. preußischen statistischen Bureaus" giebt Auskunft über das Lebensversicherungswesen im preußischen Staate während der Jahre 1863—1865; wie bei den meisten statistischen Mittheilungen, welche das Königreich Preußen betreffen, ist auch in diesem Falle aus Mangel an brauchbaren Nachrichten gar keine Rücksicht auf die einschlägigen Zustände in den neuen Landestheilen genommen. Für die älteren acht Provinzen sind freilich vollkommen ausreichende Unterlagen einer guten Versicherungsstatistik ebenfalls nicht vorhanden gewesen; gleichwohl darf man ohne erheblichen Irrthum die ermittelten Hauptzahlen als zutreffend bezeichnen. Wegen der interessanten Folgerungen, welche man daraus herzuleiten vermag, wollen wir auf einige der wichtigsten Verhältnisse hier kurz aufmerksam machen.

Am beliebtesten ist in Preußen diejenige Versicherungsform, mittelst deren man seinen Erben die Verfügung über ein festes Capital verschaffen will, d. h. die Capitalversicherung auf den Todesfall. Sie hat durch die Anstrengungen der concurrirenden Gesellschaften, namentlich der jüngeren unter denselben, einen bedeutenden Aufschwung genommen: während zu Ende 1861 rund 57,500 Personen ihr Leben auf 70¾ Millionen Thaler Capital versichert hatten, ergaben sich drei Jahre später 109,300 Personen (oder bei manchen Gesellschaften Polizen) mit 114⅝ Millionen Thalern. Man darf diese Steigerung nicht ohne Weiteres für eine Zunahme des Wohlstandes des Landes ansehen, sie ist vielmehr ein Beweis des Vordringens der Ueberzeugung von der Nützlichkeit und Wohlthätigkeit der Lebensversicherung; denn 1861 war durchschnittlich jede Person mit 1231 Thlrn., 1864 mit nur 1049 Thlrn. versichert. Auf 7 preußische Lebensversicherungs-Gesellschaften kommen von dem Bestande zu Ende 1864: 62,000 Personen mit 59⅛ Mill. Thlrn., auf 9 deutsche Gesellschaften 40,500 Personen mit 44⅓ Mill. Thlrn., auf 13 außerdeutsche 6725 Personen mit 11¼ Mill. Thlrn.; aus diesen Ziffern geht entweder hervor, daß unsere einheimischen Gesellschaften größeres Zutrauen bei den kleinen Leuten genießen oder daß die außerdeutschen Gesellschaften geringere Prämien als die deutschen auf hohe Versicherungssummen nehmen. Uebrigens ist auch der durchschnittliche Betrag für außerpreußische Versicherungen bei denselben Anstaltsklassen ähnlich abgestuft: nämlich bei den preußischen 1153, den außerpreußisch deutschen 1346, den außerdeutschen 3900 Thlr. Weitere Consequenzen aus dieser Thatsache zu ziehen, ist so lange unmöglich, als nur die preußische Statistik Aufschlüsse über das Versicherungswesen innerhalb bestimmter Landesgrenzen giebt.

Von den im Jahre 1864 versichert gewesenen Personen nahmen die gedachten 29 Gesellschaften zusammen 3¾ Millionen Thlr. Prämie ein, d. h. durchschnittlich 32⅝ pro mille des Capitals gegen 33¾ pro mille im Jahre 1861. Daß ein übermäßiger Prämiendruck stattgefunden, ist damit noch nicht constatirt, zumal ausweislich einzelner Berichte namentlich jüngere Personen zahlreicher als sonst in die Versicherung eingetreten sind.

Auch die Begräbnißgeld-Versicherung hat zugenommen, von 40,800 Personen im Jahre 1861 auf 73,200 drei Jahre später, der durchschnittliche Betrag einer Versicherung war in beiden Zeiträumen 58 Thlr. Hierbei sind einzig die großen Gesellschaften, welche das Sterbekassen-Geschäft nur nebenbei betreiben, und nicht die unzähligen kleinen Vereine in Rechnung gezogen, welche entweder allein Begräbnißgeld oder auch Kranken-, Invaliden-, Wittwengeld u. dgl. versichert haben.

Höchst unsichere Nachrichten sind über die Capitalversicherung auf den Lebensfall vorhanden; zu Folge der Angaben von Seiten einzelner Gesellschaften waren 1861 rund 25,000 Personen mit wenig über 1 Million Thlr. Capital, 1864 dagegen 31,600 Personen mit 3½ Millionen Thlr. versichert.

Eine ganz geringe Ausdehnung, ja der verhältnißmäßigen Personenbetheiligung nach sogar einen Rückgang hat die Rentenversicherung erlitten; gegen 62,900 zu Ende 1861 mit 506,000 Thlr. Rente versicherte Personen waren drei Jahre später rund 64,000 Personen mit 529,000 Thlrn. Rente eingeschrieben.

Berliner Börse vom 30. März 1867.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl. . .	4½	100 B.
Staats-Anl. von 1859	5	103⅝ bz.
dito 1850. 52	4	91⅛ bz.
dito 1853	4	91⅛ bz.
dito 1854	4½	100 bz.
dito 1855	4½	100 bz.
dito 1856	4½	100 bz.
dito 1857	4½	100 bz.
dito 1859	4½	100 bz.
dito 1864	4½	100 bz
Staats-Schuldscheine	3½	83¾ bz
Präm.-Anl. von 1855	3½	121 B.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	99½ bz.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	78½ bz.
Pommersche. . . .	3½	77⅞ bz.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue. . .	4	88½ B.
Schlesische	3½	— — —
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	91⅜ bz.
Pommersche. . . .	4	91½ B.
Posensche	4	90¼ bz.
Preussische.	4	90⅝ bz.
Westph. u. Rhein.	4	94 bz.
Sächsische.	4	92 bz.
Schlesische	4	92 G.

Louisd'or 111¼ bz.	Oest.Bk. 79 bz.
Goldkr. 9. 9 G.	Poln.Bkn. — — —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques.	5	46½ B.
dito Nat.-Anl. . .	5	54¾ bz.
dito Lot.-A.v.60	4	67 bz.
dito dito 64	—	42 bz.
dito 54er Pr.-A.	4	60½ G.
dito Eisenb.-L.	—	63 bz.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	53¼ à 53 à ⅛ bz
Russ. Engl. Anl. 1862	5	86½ à ¼ bz.
dito Holl. Anl. 1864	5	87½ G.
dito Poln. Sch.-Obl.	4	62⅞ bz.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	57¾ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	92 etw. bz.
dito à 300 Fl.	5	90¾ bz.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	55½ B.
Baden. 35 Fl. Loose	—	30¾ etw. bz.
Amerikan. St.-Anl. . .	6	78⅝ à ½ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	— — —
dito II.	4½	96 G
dito IV.	4½	94 bz.
dito III.v.St.3½g.	3½	78½ bz.
Cöln-Minden	4½	— — —
dito II.	5	102½ bz.
dito	4	— — —
dito III	4	85 B.
dito	4½	95⅜ bz.
dito IV.	4	85¼ bz.
dito V.	4	85¼ bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.) .	4	— — —
dito III. Em	4½	88¼ bz.
Gal. Ludwigsb.	5	78¼ bz. u. G.
Niederschl.-Märk. . . .	4	89¼ bz.
dito conv.	4	89¼ bz.
dito III.	4	87¾ bz.
dito IV.	4½	97½ G.
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	101 B.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	79½ G.
dito C.	4	87½ G.
dito D.	4	87½ G.
dito E.	3½	80½ G.
dito F.	4½	94¾ G.
dito G.	4½	— — —
Oest.-Franz.	3	239 bz. u. G.
Oest. südl. St.-B. . . .	3	226 bz.
Rhein v. St. gar	4½	98 G.
Rhein-Nahe-B. gar. . .	4½	95 bz.

Eisenbahn Stamm-Actien

Dividende pro	1864.	1865.		
Aachen-Mastrich	—	—	4	37 bz.
Amsterd.-Rottd.	7¹⁹⁄₂₀	7¼	4	98 bz.
Berg.-Märkische	7¼	9	4	146¼ à 45½ bz.
Berlin-Anhalt. . .	11⅝	13	4	219½ B.
Berlin-Görlitz. . .	—	—	4	71½ bz
dito St.-Prior.	—	—	5	97 bz.
Berlin-Hamburg.	10	9½	4	157 bz.
Berl.-Potsd.-Mgd.	16	16	4	207⅛ bz.
Berlin-Stettin. . .	7⅝	8	4	140¼ bz.
Böhm.-Westb. . .	5	—	5	60½ bz.
Breslau-Freib. . .	8⅔	9	4	137¾ bz.
Cöln-Minden. . . .	15⅝	17⅔	4	143 bz.
Cosel-Oderberg.	¾	2¼	4	69 bz
dito St.-Prior.	—	—	4½	80½ à 80 bz.
dito dito	—	—	5	84¾ B.
Galiz. Ludwigsb.	9	5	5	85½ G.
Ludwigsh. Bexb.	9⅘	10	4	148 bz.
Magd.-Halberst.	25	15	4	195 bz.
Magd.-Leipzig. . .	18¾	20	4	251 B.
Mainz-Ludwigsh.	7½	8	4	129 bz.
Mecklenburger. .	3½	3	4	78 bz.
Neisse-Brieger.	4½	5⁵⁄₁₂	4	101 bz.
Niedrschl. Märk.	4	—	4	90¼ bz.
Niedrschl. Zwgb.	3⅔	3⅔	4	94½ bz.
Nordb. Fr.-Wilh.	4	4	4	92½ à 92 à ¾ bz.
Oberschl. A. . . .	10	11⅔	3½	189 bz.
dito B. . . .	10	11⅔	3½	160½ B.
dito C. . . .	10	11⅔	3½	189 bz.
Oestr.-Fr. St.-B.	5	5	5	110 à 109¾ bz.
Oestr. südl. St.-B.	8	7½	5	109¾ à ½ bz.
Oppeln-Tarnow.	3¼	3¼	5	74 G.
Rheinische.	1¼	7	4	118 bz.
dito Stamm-Pr.	6¼	7	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	—	4	33 bz.
Stargard-Posen. .	3½	4½	4½	94¼ bz.
Thüringer	8	—	4	134½ bz. u. G.
Warschau-Wien.	7¹¹⁄₁₂	8⅓	5	62½ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V. .	7¹⁄₁₀	8¼	4	157 G.
Braunschw. B. .	—	—	4	93½ B.
Bremer Bank. . .	7⁸⁄₁₀	6½	4	116¾ G.
Danziger Bank .	7½	7³⁄₁₀	4	111½ G.
Darmst. Zettelb.	8	7½	4	95 G.
Geraer Bank . . .	8	7⅝	4	105 B.
Gothaer „	7	7½	4	98 B.
Hannoversche B.	5⅔	4	4	82½ B.
Hamb. Nordd. B.	7⅝	9	4	119 B.
„ Vereins-B.	7²¹⁄₃₂	8¹⁹⁄₃₂	4	110 bz.
Königsberger B.	6¾	6½	4	111½ G.
Luxemburger B.	4	6	4	96½ bz. u. G
Magdeburger B.	5⁹⁄₁₀	5½	4	94 G.
Posener Bank . .	7	6½	4	102 B.
Preuss. Bank-A.	10¹⁹⁄₂₀	10¹⁴⁄₁₅	4½	140 bz.
Thüringer Bank	4	4	4	65¼ B.
Weimar „	7	6½	4	89 bz. u. G
Berl. Hand.-Ges.	8	8	4	108 G.
Coburg Credb. A.	8	8½	4	80 B.
Darmstädter „	6	6½	4	81 bz. u. G.
Dessauer „	—	—	—	2¼ G.
Disc. Com.-Anth.	6½	6½	4	102½ bz.
Genfer Credb.-A.	—	—	4	26⅝ bz. u. G.
Leipziger „	4	4	4	84 bz.
Meininger „	7¼	7	4	94 B.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	19 bz.
Oesterr. Credb. A.	5	4½	5	72⅜ à ¼ à ⅛ bz.
Schl. Bank.-Ver.	6½	7½	4	114½ G.
Minerva	—	1	5	36¼ bz. u. G.
Fbr. v. Eisenbdf.	8½	5½	5	117⅞ bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl. . .	10 T.	143⅜ bz.
dito dito	2 M.	142¾ bz.
Hamburg 300 Mk. . . .	8 T.	151⅜ bz.
dito dito	2 M.	151 bz.
London 1 Lst.	3 M.	6. 23⅜ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	80¹¹⁄₁₂ bz.
Wien 250 Fl.	8 T.	78¾ bz.
dito	2 M.	78¼ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	56. 24 B.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	99⅝ G.
dito dito	2 M.	99⅛ G.
Frankfurt a. M. 100 Fl.	2 M.	56. 24 bz.
Petersburg 100 S.-R. . .	3 W.	89¾ bz.
dito dito	3 M.	88⅞ bz.
Warschau 90 S.-R. . . .	8 T.	80⅞ bz.
Bremen 100 Thlr. Gold	8 T.	111 bz.

[Abhanden gekommene Effecten.] Die Schlesischen Rentenbriefe Lit. B. Nr. 4088 à 500 Thlr. und Lit. A. Nr. 608 à 1000 Thlr. sind dem rechtmäßigen Eigenthümer verloren gegangen.

— Die Cosel-Oderberger 5% Stamm-Prioritäts-Actien Nr. 14,570 bis 14,573, welche als verloren angemeldet waren, haben sich wieder vorgefunden.

[Breslauer Börse vom 1. April.] Schluß-Course (1 Uhr Nachm.) Russisch Papiergeld 81—80¾ bez. Oesterr. Banknoten 78⅞—⅝ bez. u. Br. Schles. Rentenbriefe 92½—92 bez. Schles. Pfandbriefe 85½ bez. Oesterr. National-Anleihe 54½ Br. Freiburger 136 bez. Neisse-Brieger —. Oberschles. Litt. A. und C. 185—4¾—5 bez. Wilhelmsbahn 57½ bez. u. Br. Oppeln-Tarnowitzer 73⅛ bez. u. Br. Oesterr. Creditbank-Actien 71¼ bez. u. Br. Schles. Bank-Verein 114 Gd. 1860er Loose 67 Br. Amerikaner 78⅝—¼ bez. Warschau-Wiener 61¾ bez. Minerva 35⅜ bez. Baiersche Anleihe 97¾ bez. Italiener 52⅜ bez. u.

Breslau, 1. April. Preise der Cerealien.

Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergroschen.

	fein	mittel	ordin.		fein	mittel	ordin.
Weizen, weißer	94—96	90	82—85	Gerste	57—56	54	50—52
do. gelber	91—94	88	82—85	Hafer	36	35	34
Roggen	70	69	68	Erbsen	65—68	62	54—58

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von **Raps und Rübsen**.

Raps	200	190	170	pr. 150 Pfd. Brutto in Sgr.
Winterrübsen . .	180	170	160	
Sommerrübsen	160	150	140	
Dotter	156	146	136	

Loco- (Kartoffel-) Spiritus pr. 100 Qrt. bei 80% Tralles 16¾ Br., ½ Gd.

Officiell gekündigt: — Ctr. Weizen. 9000 Ctr. Roggen. 500 Ctr. Hafer. — Ctr. Rapskuchen. 3000 Ctr. Rüböl. — Ctr. Leinöl. 10,000 Qrt. Spiritus.

— **Berliner Actien-Gesellschaft für Fabrication von Eisenbahn-Bedarf.** Die Gesellschaft hat im Jahre 1866 Arbeiten im Werth von 2,029,223 Thlr. abgeliefert; der von ihr in genanntem Jahre erzielte Bruttogewinn stellt sich auf 251,228 Thlr. Derselbe wird verwendet mit 44,560 Thlr. zu Abschreibungen; mit 39,587 Thlr. zur Dotation des Reservefonds; mit 13,354 Thlr. zu Tantièmen; mit 150,000 Thlr. zur Zahlung einer Dividende von 10% und mit 3727 Thlr. zur Dotirung des Unkosten-Reserve-Conto's. Letzteres erreichte Ende 1866 eine Höhe von 6879 Thlr., der Reservefond bestand in 150,000 Thlr.

[Verloosungen.] Am 1. April:
Badische Lotterie-Anleihe von 1845 (35 Fl.-Loose).
Oesterr. Staats-Anlehen von 1854 (250 Fl.-Loose).
Eisenbahn-Prämien-Anleihe der österr. Credit-Anstalt von 1858 (100 Fl.-Loose).
Schaumburg-Lippesche Lotterie-Anleihe von 1846 (25 Thlr.-Loose).
Prämien-Anleihe der Stadt Mailand von 1861 (45 Lire-Loose).
Anleihe des Wiener Hospital-Fonds (Rudolphsstiftung) von 1864 (10 Fl.-Loose).

Berlin, 31. März. [Course aus dem Privatverkehr.] Flaue Stimmung, mit etwas besserem Schluß. Credit-Actien 72¼—71¼—½ bez., 1860er Loose 67—66¾ bez., Franzosen 109½—108½—¾ bez., Lombarden 109½—108⅛—¾ bez., Italiener 53⅛—53 bez. u Br., kurz Wien 78¾ bez., Nordbahn 91—90¾ bez., Amerikaner 78⅝—½ bez., Oberschlesische 187—186 bez., Rheinische 117¾—117 bez., Bergisch-Märkische 145⅛—144⅛ bez., Mainz-Ludwigshafen 128⅝ bez.

✠ **Breslau**, 1. April. Wind: Nordwest. Wetter: Trübe. Thermometer: Früh 1 Grad Wärme. Bei lustloser Stimmung war der Geschäftsverkehr am heutigen Markte sehr träge und Preise theilweise niedriger.

Weizen vernachlässigt, pr. 84 Pfund schlesischer weißer 82—96 Sgr., gelber 82—94 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt, galizischer und polnischer weißer 81—95 Sgr., gelber 81—94 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Roggen billiger erlassen, pr. 84 Pfd. 67 bis 70 Sgr., feinste Sorten bis 71 Sgr. bezahlt. — Gerste wenig gefragt, pr. 74 Pfund helle 58-60 Sgr., gelbe 48—54 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Hafer gefragt, pr. 50 Pfd. 34 bis 36 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Erbsen gefragter. — Wicken offerirt. — Oelsaaten billiger erlassen. — Lupinen schwach beachtet, pr. 50 Pfd. gelbe 40—45 Sgr., blaue 40—44 Sgr. — Schlesische Bohnen wenig beachtet. — Schlaglein flau. — Rapskuchen beachtet, 5053 Sgr. pr. Ctnr.

Thymothee ohne Aenderung, 11—12⅓ Thlr. pr. Ctr.
Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 24—36 Sgr. Metze 1½—2 Sgr.

+ [Industrielles.] Die königl. Regierung zu Merseburg, Abtheilung des Innern, hat durch den Landbaurath ihres Collegiums mehrere von der Fabrik der verwittweten Frau Kaufmann Mathilde Häusler, Firma: Carl Samuel Häusler zu Hirschberg in Schlesien zur Ausführung gebrachte „Holz-Cement-Dächer" in Halle besichtigen lassen. Das günstige Resultat dieser Besichtigung giebt Veranlassung, den Baubeamten des dasigen Regierungs-Bezirks diese Art der Bedachung für geeignete Fälle zur Anwendung zu empfehlen. Es giebt diese Thatsache aufs Neue wieder Beweis von der Zweckmäßigkeit und der Güte dieser Bedachungen, die bereits bei uns in Schlesien schon zur allgemeinsten Anwendung gekommen ist. Der Ruf dieser Fabrik hat sich jetzt schon weit über die Grenzen unseres Vaterlandes verbreitet.

Inserate.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.